



BERLIN DEPESCHE

9. Jahrgang • Nr. 62

Dezember 2010

Zeitung für den Bundestagswahlkreis Köln I (Porz, Kalk, nördliche Innenstadt)

STANDPUNKT

- 2 Die Bundesregierung auf falschem Kurs

WAHLKREIS

- 3 Feier „30 Jahre SPD-Bürgerbüro Porz“
- 3 SPD-Neujahrsempfang in Porz am 15. Februar 2011 mit NRW-Minister Harry Voigtsberger

KÖLN

- 4 FES-Diskussion zur „Netzneutralität“
- 5 Dialogkreis Netzpolitik: Leistungsschutzrecht für Presseverleger?
- 6 Erstes Vorwärts-NRW-Fest mit Hannelore Kraft
- 6 Jubilarenehrung der KölnSPD mit Ralf Jäger
- 7 Kölner SPD-Bundestagsabgeordnete kritisieren Kürzungen bei Eingliederungsmaßnahmen

ENQUETE-KOMMISSION INTERNET

- 8 Öffentliche Anhörungen zu den Themen Netzneutralität und Urheberrecht

BUNDESTAG

- 9 Vorübergehende Leitung des Wirtschaftsausschusses durch Martin Dörmann
- 9 Medienpolitik: SPD-Fraktion begrüßt Kurt Becks Verfassungsklage zum ZDF
- 10 SPD-Kritik an neuer Raumfahrtstrategie
- 11 Rente mit 67
- 11 Gesundheitsreform: SPD fordert eine Gesundheitspolitik ohne Klassenschranken
- 13 EU: Finanzhilfen für Irland
- 13 SPD will Gewerbesteuer stärken
- 14 Bundeshaushalt 2011
- 16 Haushaltsbegleitgesetz mit sozialer Schieflage

SPD

- 18 Aktuelle Bücher von Sozialdemokraten

SERIE: SOZIALDEMOKRATISCHE KÖPFE

- 19 Vorgestellt: Norbert Walter-Borjans

INFOS UND IMPRESSUM

- 20 Arbeitsschwerpunkte, Sitzungswochen, Büros, Impressum



„30 Jahre SPD-Bürgerbüro in Porz“

Volkmar Schultz erinnerte bei der Feier zum Jubiläum an die Anfangszeiten des von ihm gegründeten Bürgerbüros - die Abgeordneten-Nachfolger **Martin Dörmann** und **Jochen Ott** lauschten seinen Anekdoten aufmerksam (Bericht auf Seite 3)

Bundeshaushalt 2011

Soziale Spaltung mit fiskalischen Mitteln

Seite 14

Homepageausgabe • Redaktionsschluss: 7.12.2010

Herausgeber: Martin Dörmann, MdB

SPD
BUNDESTAGS
FRAKTION

Die Bundesregierung auf falschem Kurs

Atomkraftverlängerung, Gesundheitsreform und Sozialkürzungen spalten

Liebe Leserinnen und Leser,

inzwischen versucht die schwarz-gelbe Bundesregierung tatsächlich zu regieren. Leider befindet sie sich dabei aber auf einem falschen Kurs, der unser Land nicht nach vorne bringt, sondern spaltet.

Mit der **Verlängerung von Laufzeiten für Atomkraftwerke** wird nicht nur auf eine gefährliche und deshalb nicht zukunftsfähige Technologie gesetzt. Es wird auch ohne Not ein gesellschaftlicher Konsens aufgebrochen, den der von Rot-Grün durchgesetzte Atomkompromiss geschaffen hatte. Ein Bären dienst für das Ansehen von Politik und Demokratie. Zudem ein energie- und wirtschaftspolitischer Super-Gau, weil Planungssicherheit genommen und Anreize für Investitionen in erneuerbare Energien ausgehebelt werden. Wenn die Verlängerung nicht schon vor dem Bundesverfassungsgericht scheitert dann spätestens, wenn wieder eine rot-grüne Koalition regiert.

Mit ihrer **Gesundheitsreform** bedient die schwarz-gelbe Bundesregierung die Interessen von Arzneimittelherstellern und Privatkassen. Sie schwächt die gesetzliche Krankenversicherung und gibt endgültig das Prinzip der Parität auf, indem sie bei Beitragssteigerungen einseitig die Arbeitnehmer/innen belastet – der Einstieg in das System der Kopfpauschale.

Auch im **Bundeshaushalt 2011** spiegelt sich die Klientelpolitik dieser Koalition wieder: Das sozial ungerechte Sparpaket der Bundesregierung wurde dort aufgeweicht, wo Lobbyinteressen überwiegen. Auch hier sind Gering- und Normalverdiener am stärksten belastet.

Sozial- und arbeitsmarktpolitisch sinnvolle Maßnahmen wurden einfach zusammengestrichen. Zu Lasten der Schwachen in unserer Gesellschaft geht etwa die erhebliche **Kürzung von Eingliederungsmaßnahmen für Langzeitarbeitslose**, die funktionierende Hilfestrukturen gefährdet. Es ist davon auszugehen, dass künftig rund 100.000 Menschen weniger gefördert werden können. Dabei ist bekannt, dass Kürzungen bei der aktiven Arbeitsmarktpolitik Mehrausgaben für passive Leistungen und die Beschneidung von individuellen Chancen auf dem Weg zurück in Arbeit bedeuten.

Die Einsparungen durch die Bundesregierung führen vor allem im Bereich des Arbeits- und Sozial-

ministeriums zu immensen Belastungen von Familien mit geringem Einkommen, Alleinerziehenden, Menschen mit Behinderungen und Langzeitarbeitslosen. Bis 2014 summieren sich die

Kürzungen im Rahmen des "Sparpaketes" auf über 30 Milliarden Euro.

Ein weiteres Beispiel ist das **Programm „Soziale Stadt“**. Das 1999 von der SPD initiierte Bund-Länder-Programm verknüpft bauliche mit sozial-integrativen Maßnahmen und beteiligt Bewohner und Bewohnerinnen an der Gestaltung ihres Lebensumfelds. Die Evaluation 2004 hat gezeigt, dass es mit dem Programm gelingen kann, die Lebenssituation der Menschen in sozialen Brennpunkten spürbar zu verbessern.

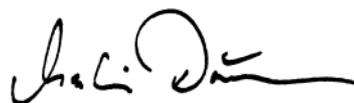
Wir in Köln haben sehr gute Erfahrungen mit entsprechenden Maßnahmen gemacht, etwa in den Stadtteilen Kalk, Vingst-Höhenberg und Kalk, die in meinem Wahlkreis liegen. Die Kürzung von 95 Millionen Euro auf 28,5 Millionen Euro und die Beschränkung auf bauliche Maßnahmen bedeuten nun faktisch das „Aus“. Insgesamt wird die **Städtebauförderung** sogar um 155 Millionen auf 455 Millionen Euro gekürzt.

Wenig zukunftsorientiert handelt die Bundesregierung auch im Hinblick auf die Finanzmärkte. Die SPD-Bundestagsfraktion setzt sich im Zusammenhang mit den **Irland-Finanzhilfen** der EU für einen dauerhaften Mechanismus zur Bewältigung von Staatsfinanzierungskrisen ein und kritisiert, dass erneut die Banken nicht an den Kosten der Krise beteiligt werden. Zudem fordern wir von der Bundesregierung ein entschiedenes Eintreten für eine Finanztransaktionssteuer sowie eine Steuerharmonisierung im Hinblick auf die in Irland sehr niedrige Körperschaftsteuer.

Ob europäisch oder national: auf eine **gerechte Lastenverteilung** kommt es an. Die Bundesregierung tut diesbezüglich meist das Falsche.

Herzlichst

Ihr




Feier „30 Jahre SPD-Bürgerbüro in Porz“

Nach Renovierung des Wahlkreisbüros von Martin Dörmann und Jochen Ott

Unter dem Motto „30 Jahre SPD-Bürgerbüro in Porz“ wurde das gemeinsame Wahlkreisbüro von **Martin Dörmann** und **Jochen Ott** am 11. Oktober nach einer umfangreichen Renovierung und Neumöblierung offiziell wieder eröffnet.

Das Ergebnis überzeugte die zahlreichen Eröffnungsgäste. Die beiden Abgeordneten und ihr Mitarbeitererteam konnten viel SPD-Prominenz begrüßen. Neben dem Porzer Bezirksbürgermeister **Willi Stadoll**, dem Kölner SPD-Geschäftsführer **Frank Mederlet**, dem Landtagsabgeordneten **Stephan Gatter** sowie dem Porzer SPD-Vorsitzenden **Ingo Jureck** waren viele ehemalige und aktuelle Mandatsträger sowie frühere im Bürgerbüro tätige Mitarbeiter/innen gekommen, um zu gratulieren und mit zu feiern.



Bezirksbürgermeister Willi Stadoll (links) überreichte als Geschenk eine Porzer Flagge

Der einstige Landtags- und Bundestagsabgeordnete **Volkmar Schultz** erinnerte an die Gründung des Bürgerbüros vor 30 Jahren in der Friedrichstraße. Eindrucksvoll schilderte er, wie er trotz der Zweifel seines eigenen Ortsvereins das Projekt Bürgerbüro durchgesetzt hat. Sein Ziel war es, dem Bürger etwas zurück zu geben. Erst 15 Jahre später zog Volkmar Schultz mit dem damaligen Porzer Landtagsabgeordneten **Friedhelm Lenz** in die Hauptstraße 327. Erstmals in der Porzer Geschichte gab es damit ein gemeinsames SPD-Büro von Landtags- und Bundestagsabgeordneten.

Das Konzept von Volkmar Schultz ging auf und blieb in seinen Grundprinzipien erhalten.

Martin Dörmann freut sich heute darüber, dass das Bürgerbüro mit dem Einzug von Jochen Ott in den Landtag endlich wieder komplett ist. Die schon bestehenden Angebote, wie zum Beispiel die Bürgersprechstunde, zu der Martin Dörmann regelmäßig einlädt, werden künftig von Jochen Otts Mitarbeitererteam ergänzt, etwa mit einem wöchentlichen Frühstück für interessierte Porzer/innen. Auch kulturell soll sich einiges tun. Lesungen und wechselnde Ausstellungen werden die neu gestalteten Räumlichkeiten beleben. Den Anfang machte **Iris Dücker-Bathe** mit ihren Gemälden in Öl und Acryl, die noch bis Ende des Jahres im Bürgerbüro bewundert werden können.



Bürotradition auf einen Blick, v.l.: Volkmar Schulz, Martin Dörmann, Friedhelm Lenz und Jochen Ott

Nach den offiziellen Begrüßungsreden wurde bei einem kleinen Imbiss mit Sekt, Kölsch und Gänsewein locker miteinander über alte und neue Zeiten geplaudert. Zum Abschluss gab es ein kleines Fotoshooting der ehemaligen und aktuellen Abgeordneten auf der neuen Sitzbank vor dem Bürgerbüro (siehe Foto).

Neujahrsempfang des SPD-Stadtbezirks Porz/Poll

Gastredner:

Harry Voigtsberger

Minister für Wirtschaft, Energie, Bauen,
Wohnen und Verkehr in NRW

Dienstag, 15. Februar 2010, 19:00 Uhr

(Einlass: 18:00 Uhr)

Bezirksrathaus Porz, Rathaussaal,
Friedrich-Ebert-Ufer 64-70, 51143 Köln-Porz



FES-Veranstaltung zum Thema „Netzneutralität“

„Freie Fahrt für alle Daten oder Knoten im Netz?“

Der Deutsche Bundestag hat im Mai dieses Jahres die Enquete-Kommission „Internet und digitale Gesellschaft“ eingesetzt. Eine der drei ersten Projektgruppen, die innerhalb der Enquete eingerichtet wurden, behandelt das Thema „Netzneutralität“. Zudem hat die Kommission hierzu bereits eine öffentliche Anhörung durchgeführt (siehe Bericht auf Seite 7). Dies verdeutlicht, welche Bedeutung die Kommission der Netzneutralität beimisst.

Auf einer Veranstaltung der Friedrich-Ebert Stiftung kamen am 29. Oktober im KOMED-Saal des Kölner Mediaparks Bürger/innen und Branchen-

vertreter zusammen, um die Argumente auszutauschen. Unter der Moderation von **Dirk Müller** (Deutschlandfunk) diskutierten auf dem Podium: **Björn Böhning**, SPD-Vorstandsmitglied und Erstunterzeichner der Initiative „Pro Netzneutralität“, **Hans Höchstetter**, Unternehmenskommunikation NetCologne, **Valentina Kerst**, Forum Netzpolitik, sowie **Christian Scholz**, Blogger und Netzaktivist.

Es entwickelte sich eine spannende und kontroverse Debatte, in der auch das Publikum einbezogen wurde. Zu Beginn hatte **Martin Dörmann** in seiner Begrüßung eine Einführung in das Thema gegeben (siehe Redeauszug unten).

Auszug aus der Einführungsrede von Martin Dörmann

Wer die derzeitige Diskussion verfolgt, weiß, dass es für manche um nicht weniger als die Zukunft des Internets, wie wir es bisher kennen, geht!

Auch für die SPD hat das Thema eine hohe Priorität.

So hat die SPD-Bundestagsfraktion kürzlich Unternehmen, Verbände und Einzelpersonen, die in besonderer Weise an der Entwicklung des Internets beteiligt und interessiert sind, um ihre Einschätzung zum Thema Netzneutralität gebeten. Auf diese Befragung liegen bereits viele Rückmeldungen vor, die in unsere weiteren politischen Überlegungen einfließen werden.

Dabei ist bereits deutlich geworden, dass das Verständnis des Begriffes „Netzneutralität“ durchaus unterschiedlich ist.

Soll man lieber eine enge oder weite Auslegung wählen? Ist etwa das für ein technisch störungsfreies Internet notwendige Netzwerkmanagement bereits ein Verstoß gegen das Prinzip der Netzneutralität?

Der Wissenschaftliche Dienst des Deutschen Bundestages definiert Netzneutralität als neutrale Übermittlung von Daten im Internet im Sinne einer gleichberechtigten Übertragung aller Datenpakete unabhängig davon, woher diese stammen, welchen Inhalt sie haben oder welche Anwendungen der Pakete generiert haben.

Heute funktioniert unser Internet nach dem Best-Effort-Prinzip. „Best Effort“ bedeutet dabei, dass die Netzbetreiber den Nutzern keine Durchleitungsqualitäten garantieren, sondern lediglich die jeweils bestmögliche Qualität allen gleichermaßen zur Verfügung stellen. Alle Datenpakete werden unabhängig ihres Inhalts, ihres Absenders und ihres Adressaten über die Knotenpunkte des Netzes entsprechend ihres Eingangs befördert.

Dieses „First-In-First-Out“-Prinzip gilt als Charakteristikum des Internets und wird von den Verfechtern einer strengen Netzneutralität als Kernvoraussetzung für den bisherigen und zukünftigen Erfolg des Internets angesehen.



In einem Netz mit ausreichenden Kapazitäten ist dies ohne Frage die ideale Form der Datenübermittlung.

Was aber ist, wenn das Internet an Kapazitätsgrenzen stößt? Schließlich ist davon auszugehen, dass in den nächsten Jahren die Nutzung des Internets und die dabei entstehenden Datenmengen weiter drastisch steigen werden.

Es reagieren nicht alle Datenpakete gleich auf Engpässe. Insbesondere Dienste wie Internet-Telefonie und Internet-Fernsehen sind äußerst sensibel gegenüber den Parametern Bandbreite, Verzögerung, Signalschwankung und Datenverlust. Eine Minderung eines oder mehrerer Parameter kann sich schnell negativ durch Qualitätsverlust oder gar Abbruch des Dienstes auswirken. Daher muss bei derart sensiblen Diensten eine flüssige Übertragung gewährleistet sein, um eine Qualität zu erreichen, die der herkömmlichen Telefonie und dem herkömmlichen Fernsehen entspricht.

Während klassische Dienste, wie z.B. der völlig alltäglich wahrgenommene E-Mail-Verkehr, kaum Ansprüche an die Übertragung hat, ist festzustellen, dass die Innovation im Internet gerade nicht über anspruchslöse Dienste geschieht.

Regelmäßig sind es genau solche Dienste, die hohe Anforderungen hinsichtlich der Parameter Bandbreite, Verzögerung, Signalschwankung und Datenverlust stellen, die als Innovationsträger wahrgenommen werden und uns Nutzungsmöglichkeiten aufzeigen, die noch vor wenigen Jahren undenkbar waren.

Um bei steigenden Ansprüchen Störungen dieser

Dienste zu vermeiden, ist es nun denkbar, bestimmte Datenpakete entsprechend ihrer Bedürfnisse im Falle von Engpässen bevorzugt zu befördern.

Technisch ist eine solche Priorisierung ohne weiteres möglich. Über sogenannte Quality-of-Service-Modelle könnten die Netzbetreiber unterschiedliche Übertragungsqualitäten garantieren. Die Netzbetreiber versprechen sich davon insbesondere die Möglichkeit, die Ressourcen des Internet effizienter zu nutzen und differenzierter zu tarifieren.

Fraglich ist, ob sich eine derartige Netzsteuerung mit dem Charakter des Internets als freies und offenes Medium vereinbaren lässt.

Eins steht für mich fest: Der Wesenskern des Internets, die Freiheit und Offenheit der Kommunikation, darf nicht verletzt werden. Eine etwaige Netzsteuerung muss sich daran orientieren.

Neben der Frage des „Ob“ werden wir in der Enquete-Kommission insbesondere zu erörtern haben, welche Form des Netzmanagements vorstellbar ist, ohne Netzneutralität im Sinne eines diskriminierungsfreien Internets zu verletzen.

Als potenzielle Probleme bei der Netzsteuerung zu nennen sind hier insbesondere:

- die Beeinträchtigung der Endnutzer, ihren Internetzugang bedarfsgerecht zu benutzen, etwa weil bestimmte Angebote vom Netzbetreiber aus Konkurrenzgründen gesperrt oder gedrosselt werden,
- die dadurch bedingte Einschränkung der Meinungs- und Informationsfreiheit, weil Kommunikationskanäle nicht zur Verfügung gestellt werden.
- die mögliche Inhaltskontrolle von Datenpaketen und Drosselung missliebiger Inhalte, die Gefährdung der Zensurfreiheit,
- die Ausbremsung kleiner, innovativer Anbieter wegen verhältnismäßig höherer Zugangsentgelte,
- die Diskriminierung von Diensten durch vertikal integrierte Netzbetreiber, d.h. einseitige Bevorzu-

gung oder Benachteiligung bestimmter Dienste aus Wettbewerbsgründen,

- die Verdrängung des bekannten „Best-Effort“-Internet.

Demgegenüber gibt es durchaus gewichtige Argumente, die eine Netzsteuerung sinnvoll erscheinen lassen, wenn sich die vorgenannten Probleme vermeiden ließen:

- so etwa die erheblichen Wohlfahrtsverluste, die durch eine ständig zu erweiternde redundante Netzstruktur ohne effizientes Netzwerkmanagement zu besorgen wären.

- Oder aber die Hemmung von Innovationen, weil innovative Dienste, die auf eine bestimmte Qualität der Datenübertragung angewiesen sind, von den Nutzern schnell nicht mehr nachgefragt werden, wo eine problemlose Übertragung nicht garantiert werden kann.

Sollte man also eher eine differenzierte Definition von Netzneutralität bevorzugen, wie einer der Experten in der Enquete-Anhörung empfahl. Selbst der Vertreter des CCC wies darauf hin, dass man bei der Post für einen Express-Brief auch einen Zuschlag zahlen müsse und hatte offensichtlich damit kein Problem.

Der Präsident der Bundesnetzagentur Matthias Kurth unterschied kürzlich in einem Zeitungsbeitrag zwischen zulässiger wohlfahrtssteigernder Differenzierung und einer den Wettbewerb behindernden Diskriminierung.

Inwieweit soll man der Durchsetzung der Netzneutralität auf den Wettbewerb vertrauen oder gesetzliche Regelungen bevorzugen?

Ich denke, am Ende wird man nicht an gesetzlichen Regelungen vorbeikommen. Sie müssten wesentliche Prinzipien aufstellen, die dann von der Bundesnetzagentur durchzusetzen wären.

Dialogkreis Netzpolitik

Leistungsschutzrecht für Presseverleger?

Am 16. November traf sich der „Dialogkreis Netzpolitik“ bei Electronic Arts im Kölner Rheinauhafen, um über das Pro und Contra eines von der Bundesregierung angestrebten Leistungsschutzrechts für Presseverleger zu diskutieren.

Gastredner war diesmal **Dr. Dieter Frey**, Fachanwalt für Urheber- und Medienrecht. Er beurteilte die Einführung eines solchen Leistungsschutzrechtes kritisch. Die damit verbundenen rechtlichen Probleme seien kaum zu lösen. Es sei besser, wenn die Verleger Bezahlmodelle weiter entwickeln würden, bei denen jeder einzelne Inhalte konkret abrufen kann - oder eben nicht.

Demgegenüber verteidigte **Helmut Verdenhalven**, Leiter der Medienabteilung des

Zeitungsverlegerverbandes BDZV, die Pläne, die den Verlagen Einnahmen für ihre Online-Angebote sichern sollen. Zahlen müssten nicht die privaten sondern nur die gewerblichen Nutzer, die auch tatsächlich Inhalte für berufliche Zwecke vielfältigen wollten.

Die von **Martin Dörmann** mit initiierte und organisierte Veranstaltungsreihe will Internetthemen vertieft beraten und spricht in erster Linie ein Expertenpublikum an. Auch die dritte Veranstaltung stieß auf eine durchweg positive Resonanz. Teilnehmer waren wieder Fachleute aus Wirtschaft, Wissenschaft und Medien, die im Bereich der Informations- und Kommunikationstechnologie tätig sind.

Vorwärts auf Kölsch – mit Hannelore Kraft

Eine Premiere fand am 3. November in Köln statt: Das „vorwärts NRW.Fest“. Mehrere hundert Gäste waren in den „Stadtgarten“ gekommen, um zu feiern und zu diskutieren. Dass die rot-grüne Minderheitsregierung niemanden kalt lässt, wurde dabei schnell klar.

„Heute ist Köln das Zentrum der Macht in Nordrhein-Westfalen“, eröffnete **Uwe Knüpfer** den Abend. Der neue vorwärts-Chefredakteur hatte einen besonderen Grund zum Feiern: Druckfrisch konnte er den Gästen die November-Ausgabe des vorwärts präsentieren – die erste, die er verantwortet hat. Und er versprach, den „kritisch-solidarischen Journalismus“ weiter zu pflegen.

Hannelore Kraft machte die Verbindung zwischen dem vorwärts und Nordrhein-Westfalen deutlich: „Offen, ehrlich und direkt ist der vorwärts. So sind auch die Menschen in NRW“, erklärte die Ministerpräsidentin. Der Andrang von Pressevertretern und Politikern überraschte sie nicht: Alle seien neugierig, wie es laufe, mit der rot-grünen Minderheitsregierung in NRW. „Es läuft gut und wir gedenken, das noch eine Weile weiter zu machen“, erklärte Kraft.

Zoff gebe es in der rot-grünen Regierung keinen. „Vielleicht liegt das daran, dass zwei Frauen an der Spitze stehen“, so Kraft über die harmonische Zusammenarbeit mit ihrer Stellvertreterin **Sylvia Löhrmann** (Grüne). In NRW gebe es eine satte Mehrheit, daraus entwickle sich eine „rot-grüne Zukunftsposition über NRW hinaus“.

So hatte die Ministerpräsidentin allen Grund zum Feiern. Gleichzeitig nutzte sie das vorwärts-Fest, um über ihr erklärtes Ziel zu sprechen: „eine Politik der Vorsorge und Vorbeugung“. Der Haushalt könne nicht über Kürzungen im Sozialbereich konsolidiert werden, das führe lediglich zu einer Belastung der Kommunen. „Es muss Schluss sein mit der linke-Tasche- rechte-Tasche-Politik“. Kraft will eine Trendwende einleiten. „Wir in NRW werden zeigen, dass es geht.“ Um die geplante Vorsorgepolitik zu vermitteln, brauche die SPD auch den vorwärts.

„Der Mensch muss wieder da hin, wo er hingehört: in den Mittelpunkt unserer Politik“, stellte Hannelore Kraft fest. Im Laufe des Abends zeigte sich, wie breit der Rückhalt ist, auf den die SPD sich stützen kann. Neben Vertretern aus Wirtschaft und Politik waren auch Künstler wie die Schauspielerin **Renan Demirkan** und der Moderator und Autor **Thomas Hackenberg** der Einladung des vorwärts gefolgt.

Ein gefragter Gesprächspartner war auch der Wahl-Kölner und Karikaturist **Heiko Sakurai**, schließlich hatte er die Zeichnung auf dem Titel des aktuellen vorwärts gefertigt. Das Thema: „Wie wird die SPD wieder sexy?“ Gefeierte wurde bis in die Nacht. „Ein Mal ist kein Mal, heißt es in Köln“, stellte die Bürgermeisterin der Stadt, **Elfi Scho-Antwerpes** (SPD), fest. „Das vorwärts NRW.Fest sollte eine Tradition werden – in Köln.“



Ausgelassene Stimmung beim Vorwärts-Fest: Dörthe Gerstenberg, Alice Gneipelt, Conny Schmerbach, Martin Dörmann und Almut Eichner (v.l.)



Jubilarenehrung: Martin Dörmann, Jochen Ott und Ulf Florian gratulierten Lutz Tempel (2. v.l.) zu 25-jähriger Mitgliedschaft

Jubilarenehrung der Köln SPD

NRW-Innenminister Ralf Jäger erlebte fröhliche Stimmung

Am 26. November fand im Alteburger Hof in Nippes die alljährliche Jubilarenehrung der KölnSPD statt. In stimmungsvollem Ambiente wurden Mitglieder geehrt, die 25, 40, 50 oder 60 Jahre dabei sind. Zudem würdigte NRW-Innenminister **Ralf Jäger** die Verdienste der ehemaligen Landtagsabgeordneten **Anke Brunn, Marc Jan Eumann** und **Ingrid Hack**: „Ich freue mich, in einer Stadt wie Köln, die auf eine langjährige sozialdemokratische

Tradition zurückschaut, bei einer solchen Gelegenheit zu Gast sein zu dürfen!“ Die Jubilare hatte die Gelegenheit, über die Beweggründe ihres Eintritts in die SPD zu sprechen. So war beispielweise bei den 1970 Eingetretenen der häufigste Grund die Friedenspolitik von **Willy Brandt**. Bei Live-Jazz-Musik, einem kleinen Imbiss, Kölsch und guten Gesprächen fand der Abend einen runden Ausklang.

Kürzung der Bundesregierung bei Eingliederungsmaßnahmen trifft auch Köln

Am 3. Dezember trafen sich Kölner Bundestagsabgeordnete u.a. mit der Sozialdezernentin der Stadt Köln **Henriette Reker** und dem Leiter der Agentur für Arbeit **Peter Welters** zu einem Gespräch. Dabei ging es um die Auswirkungen der Sparbeschlüsse der Bundesregierung im Bereich der Grundsicherung für Arbeitslose. Die Vertreter der Stadt und der Arbeitsagentur kritisierten, dass sinnvolle Hilfsmaßnahmen nicht mehr durchgeführt werden könnten. Die Kölner SPD-Bundestagsabgeordneten **Martin Dörmann** und **Rolf Mützenich** stimmten der

Kritik zu und verwiesen auf die entschiedene Ablehnung der Regierungspolitik durch die SPD. In dieser Sache wurden zuvor alle Kölner Bundestagsabgeordneten sowohl von Oberbürgermeister **Jürgen Roters** als auch von der Sprecherin der Liga der Kölner Wohlfahrtsverbände **Ulli Volland-Dörmann** angeschrieben. Nachfolgend dokumentieren wir eines der Antwortschreiben, die Martin Dörmann im Namen der Kölner SPD-Bundestagsabgeordneten geschrieben hat.

Brief von Martin Dörmann an Oberbürgermeister Jürgen Roters

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Roters,

vielen Dank für Ihr Schreiben vom 22. November 2010. Ich antworte Ihnen auch im Namen meiner Kölner SPD-Bundestagskollegen Prof. Karl Lauterbach und Dr. Rolf Mützenich.

In Ihrem Schreiben kritisieren Sie die dramatischen Kürzungen im Bereich der Grundsicherung für Arbeitslose durch die Sparbeschlüsse der Bundesregierung und die damit verbundenen Auswirkungen im Bereich der Durchführung der Grundsicherung für Arbeitssuchende in Köln. Insbesondere befürchten Sie, dass wichtige und zielführende Förderangebote für die besonders benachteiligten Menschen entweder massiv gekürzt werden oder ganz entfallen.

Die SPD-Bundestagsfraktion teilt Ihre Kritik. Auch wir Kölner Bundestagsabgeordneten sehen die Gefahr und Konsequenz, dass notwendige Hilfsangebote für Arbeitslose entfallen und damit die Beseitigung von Langzeitarbeitslosigkeit sowie die Trägerlandschaft geschwächt werden, gerade auch in Köln. Wir lehnen die Arbeitsmarktpolitik und Sparpläne der schwarz-gelben Koalition entschieden ab und haben gegen die entsprechenden Haushaltsentwürfe gestimmt.

Leider hat der Bundestag am 29. November 2010 mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen dem Bundeshaushalt in der von Regierungskoalition eingebrachten Fassung zugestimmt. Die Einsparungen durch die Bundesregierung führen vor allem im Bereich des Arbeits- und Sozialministeriums zu immensen Belastungen von Familien mit geringem Einkommen, Alleinerziehenden, Menschen mit Behinderungen und Langzeitarbeitslosen. Bis 2014 summieren sich die Kürzungen im Rahmen des "Sparpaketes" auf über 30 Milliarden Euro. Dies bedeutet nicht nur massive Einschränkungen in der Arbeits- und Sozialpolitik. Faktisch wird auch der angebliche Tabubereich Bildung trotz heraufziehenden Fachkräftemangels mit Kürzungen bei beruflicher Qualifizierung belastet.

Es ist bekannt, dass Kürzungen bei der aktiven Arbeitsmarktpolitik Mehrausgaben für passive Leistungen und die Beschneidung von individuellen Chancen auf dem Weg zurück in Arbeit bedeuten. Es ist davon auszugehen, dass aufgrund der Mittelkürzungen künftig ca. 100.000 Menschen weniger gefördert werden können. Unklar ist, wie die Bundesregierung die angestrebten Einsparungen im Rahmen des Sparpaketes auf arbeitsmarktpolitisch

vertretbare Weise erreichen will.

Bezieher von Arbeitslosengeld II dürfen nicht von Initiativen für mehr und bessere Qualifikation ausgenommen werden – im Gegenteil. Es müssen verstärkt Mittel für Menschen mit Vermittlungshemmnissen zur Verfügung gestellt werden. Angesichts der demographischen Entwicklung tut mehr Qualifizierung Not. Jede Diskontinuität bei der Arbeitsmarktförderung bedeutet einen Qualitätsverlust in der Arbeitsmarktpolitik.

Die Zahl der Langzeitarbeitslosen zu senken, muss oberstes Ziel bleiben, denn nach wie vor haben wir es mit einer stark verfestigten Langzeitarbeitslosigkeit zu tun. Dort, wo Menschen zunächst keine Chancen auf dem regulären Arbeitsmarkt haben, müssen die Möglichkeiten der öffentlich geförderten Beschäftigung in einem sozialen Arbeitsmarkt stärker genutzt und ausgebaut werden. Gerade die JobPerspektive, die den Menschen nicht nur eine kurzfristige Chance bietet, hat sich in der Vergangenheit bewährt und droht jetzt den Kürzungen im Bundeshaushalt zum Opfer zu fallen.

Um die Arbeitsuchenden fit für den Arbeitsmarkt zu machen, werden mehr finanzielle Mittel statt weniger benötigt. Perspektiven schaffen statt Arbeitslosigkeit zu finanzieren, muss die Devise lauten. Zentral sind hierbei auch ein gutes Fallmanagement und geeignete Vergabeverfahren, die gewährleisten, dass qualitativ hochwertige und passgerechte Leistungen zur Verfügung stehen. Neben den Langzeitarbeitslosen müssen wir auch ein besonderes Augenmerk auf Menschen mit Behinderungen richten. Hier müssen beispielsweise Initiativen wie das Persönliche Budget weiter gefördert und vorangetrieben werden, statt die Mittel dafür zu kürzen.

Als SPD-Bundestagsfraktion sprechen wir uns gegen eine Politik aus, die die Konsolidierung des Haushaltes den schwachen Schultern auflädt und gleichzeitig starke Schultern entlastet. Wir haben uns daher in den Haushaltsberatungen und auch öffentlich mit allem Nachdruck für die Rücknahme der Kürzungen in der Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik eingesetzt und aus diesen Mitteln insbesondere Projekte des sozialen Arbeitsmarktes zu finanzieren. (....)

Mit freundlichen Grüßen

Martin Dörmann, MdB

Öffentliche Anhörung zum Thema „Netzneutralität“

Die Enquete-Kommission „Internet und digitale Gesellschaft“ hat am 4. Oktober im Rahmen ihrer 6. Sitzung eine öffentliche Anhörung unter dem Titel „Netzneutralität - Kapazitätsengpässe, Differenzierung, Netzwerkmanagement“ durchgeführt. Zehn Experten aus Wissenschaft, Wirtschaft und Verbänden waren eingeladen, über ihre Erfahrungen und Erkenntnisse zum Thema zu berichten.

Anlass der von **Martin Dörmann** angeregten Anhörung war die in letzter Zeit viel diskutierte Frage, wie mit den stetig steigenden Datenmengen im Netz umzugehen ist, wenn es einmal zu Engpässen bei der Durchleitung kommen sollte. Aufgrund der rasanten Entwicklung im Internet ist ein solches Szenario nicht auszuschließen. In diesem Fall sind nicht nur technische sondern insbesondere auch Aspekte eines fairen Wettbewerbs und von Meinungs- und Informationsfreiheit zu berücksichtigen.

Die SPD-Fraktion hatte den „Internetaktivisten“ **Lutz Donnerhacke** aus Jena, Mitgründer des „Fördervereins Informationstechnik und Gesellschaft e.V.“, und den Rechtswissenschaftler **Dr.**

Simon Schlauri aus Zürich, der zum Thema „Netzneutralität als neues Regulierungsprinzip des Fernmelderechts“ habilitiert hat, eingeladen.

Herr Dr. Schlauri vertrat die Ansicht, dass es grundsätzlich möglich sein müsse, im Falle von Engpässen bestimmte Dienste entsprechend ihrer spezifischen technischen Bedürfnisse bevorzugt zu behandeln, weil diese Dienste sonst schnell verschwinden und mit ihnen Innovation verloren gehen würden. Eine inhaltliche Bevorzugung dürfe es aber keinesfalls geben.

Herr Donnerhacke stimmte dem zu und forderte zudem eine bessere Zusammenarbeit der verschiedenen Netzbetreiber bei der Datenübermittlung. Damit ließen sich einige grundsätzliche technische Probleme lösen. Trotz unterschiedlicher Auffassungen der Experten zu Einzelfragen bestand Einigkeit darüber, dass die Informations- und Meinungsfreiheit nicht beschnitten werden darf.

Den Sachverständigen wurde zur Anhörung ein unter den Fraktionen abgestimmter Fragenkatalog überreicht, den diese im Nachgang schriftlich beantwortet haben.

Öffentliche Anhörung zum Thema „Urheberrecht“

Die ständig steigende Bedeutung des Urheberrechts in der Informationsgesellschaft veranlasste die Enquete-Kommission, am 29. November eine öffentliche Anhörung mit dem Thema „Entwicklung des Urheberrechts in der digitalen Gesellschaft“ durchzuführen, die teilweise von **Martin Dörmann** geleitet wurde.

Wie in den vorangegangenen Anhörungen stellten sich zehn Experten aus Wissenschaft und Praxis den Fragen der Abgeordneten. Einhellige Auffassung war, dass die Interessenkonflikte im Urheberrecht mit der digitalen Entwicklung zugenommen hätten und das ursprüngliche Interessengleichgewicht in Schieflage geraten sei. In der digitalen Welt seien anders als früher Urheber und Nutzer nicht mehr klar voneinander zu trennen, die Digitalisierung ermögliche es vormals passiven Konsumenten, das Konsumierte für eigene Schöpfungen zu nutzen und so selbst Urheber zu werden, erläuterte **Matthias Spielkamp**, Pro-

jektleiter beim urheberrechtlichen Informationsportal iRights.info.

Prof. Dr. Karl-Nikolaus Peifer von der Universität Köln konstatierte, dass die für die analoge Welt geschaffenen Regelungen des Urheberrechts in der digitalen Welt weniger gut funktionierten und gewisse Korrekturen notwendig seien. Der Umfang dieser Korrekturen ist unter Fachleuten umstritten, wie sich auch in der Anhörung zeigte. Von einer konsequenteren Umsetzung der bestehenden Regelungen über eine Vereinfachung der Struktur bis zu einem neuen Verständnis des Urheberrechts gingen die Vorschläge.

Aufgabe der Enquete-Kommission wird es sein, die Stellungnahmen der Experten auszuwerten und im für das Frühjahr 2011 vorgesehenen Zwischenbericht Orientierungspunkte für ein funktionsfähiges Urheberrecht in der digitalen Gesellschaft vorzulegen.

→ Weitere Informationen wie die Protokolle der Anhörungen, die Liste der Experten und deren Stellungnahmen sind über die Microsite der Enquete-Kommission abrufbar:
www.bundestag.de/internetenquete

Leitung des Wirtschaftsausschusses durch Martin Dörmann

Vorübergehende Vertretung des Vorsitzenden nach der Sommerpause

In der Zeit von Anfang September bis Ende November leitete **Martin Dörmann** den Ausschuss für Wirtschaft und Technologie. Er ist in der aktuellen Legislaturperiode stellvertretender Vorsitzender und vertrat in dieser Zeit den Vorsitzenden und früheren Bauminister **Eduard Oswald** (CSU) aufgrund einer Erkrankung.

Martin Dörmann: „Ich freue mich sehr, dass der Kollege Oswald, mit dem ich mich persönlich gut verstehe, voll genesen ist und die Ausschussleitung wieder übernehmen konnte. Es war eine durchaus interessante Aufgabe für mich, durch die Sitzungen zu führen, die ich gerne übernommen habe. Besonders bedanken möchte ich mich bei dem Ausschusssekretariat für die stets optimale Zusammenarbeit.“



Eduard Oswald und Martin Dörmann

SPD-Bundestagsfraktion begrüßt Kurt Becks Verfassungsklage

„Mit Normenkontrollantrag die Staatsferne des ZDF sicherstellen“

Der Ministerrat von Rheinland-Pfalz hat vom 30. November 2010 beschlossen, einen Normenkontrollantrag in Karlsruhe zur verfassungsrechtlichen Überprüfung des ZDF-Staatsvertrages einzureichen. Hierzu erklärte **Martin Dörmann** als medienpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion:

Die SPD hält Wort, **Kurt Beck** handelt: Durch die von Rheinland-Pfalz beschlossene Verfassungsklage wird die verfassungsrechtliche Überprüfung des ZDF-Staatsvertrages endgültig eingeleitet.

Nach unserer Überzeugung ist der ZDF-Staatsvertrag verfassungswidrig, weil die Zusammensetzung der Gremien der gebotenen Staatsferne widerspricht. Staatliche Vertreter dürfen keinen dominierenden Einfluss auf den öffentlich-rechtlichen Rundfunk ausüben.



Die SPD hat nach der von der Unionsseite herbeigeführten Causa Brender konsequent und

umsichtig gehandelt, um den politischen Einfluss auf das ZDF zurückzudrängen. Es war richtig, dass Kurt Beck zunächst zügig versucht hat, auf politischem Weg eine Änderung des ZDF-Staatsvertrages herbeizuführen. Das hätte ein langes Verfassungsgerichtsverfahren überflüssig gemacht.

Nachdem die Unionsseite substantielle Änderungen verweigert hat, war der Normenkontrollantrag für uns - wie zuvor angekündigt - unausweichlich.

Die SPD-Bundestagsfraktion und Rheinland-Pfalz haben sich in dieser Sache eng abgestimmt und hierüber auch die Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen auf dem Laufenden gehalten. Unsere Zielsetzung war und ist eine gemeinsam getragene Initiative. Hierfür bietet der von Rheinland-Pfalz in Auftrag gegebene Antragsentwurf von Prof. Hain eine ausgezeichnete rechtliche Grundlage.

Wir sind für ein gemeinsames Vorgehen auf der Bundestagsseite, um die von Kurt Beck initiierte Klage auch von hier aus mit einer Antragstellung zu unterstützen.

Union und FDP haben in den vergangenen Monaten durch ihre Tatenlosigkeit jegliche medienpolitische Glaubwürdigkeit eingebüßt. Wir setzen nun auf das Bundesverfassungsgericht, um die Unabhängigkeit des öffentlich-rechtlichen Rundfunks zu sichern und zu stärken.

→ Auf der Startseite der Homepage www.martin-doermann.de ist eine Chronologie zur Diskussion um den ZDF-Staatsvertrag und eine Normenkontrollklage abrufbar. Sie belegt, dass die SPD im Hinblick auf den Fall Brender stets konsequent gehandelt hat, um die gebotene Staatsferne beim ZDF sicherzustellen.

SPD-Kritik: „Ein kleiner Schritt und verpasste Chancen“

Am 30. November hat die Bundesregierung ihre neue Raumfahrtstrategie beschlossen. Hierzu erklärten der zuständige Berichterstatter für Raumfahrt der SPD-Bundestagsfraktion **Martin Dörmann** und der Vorsitzende der Arbeitsgruppe Luft- und Raumfahrt der SPD-Bundestagsfraktion **Wolfgang Tiefensee**:

Es wurde Zeit, dass die Bundesregierung endlich die von ihr bereits seit langem angekündigte Raumfahrtstrategie vorgelegt hat, nachdem es in den vergangenen Monaten erhebliche interne Abstimmungsprobleme darüber gegeben hat. Leider bleibt die Strategie an vielen Punkten hinter den hohen Erwartungen zurück und setzt wenig neue Impulse. Sie beschreibt einen allgemeinen Rahmen, viele konkrete Projekte bleiben hingegen offen. Insgesamt ein kleiner Schritt – und kein großer Wurf.

Im Wesentlichen setzt die Strategie auf dem auf, was die Vorgängerregierungen bereits auf den Weg gebracht haben, insbesondere in Folge der Raumfahrtstrategie der rot-grünen Bundesregierung mit ihrer Orientierung an Nutzen und Bedarf. Zu Recht hat 2007 die Bundesregierung der Großen Koalition die Raumfahrtpolitik als einen wesentlichen Baustein ihrer Hightech-Strategie definiert. Raumfahrtinvestitionen sichern technologische Fähigkeiten und haben deshalb eine besondere Bedeutung für den Wirtschaftsstandort Deutschland.

Deshalb ist positiv, dass es bei dem ebenfalls von den Vorgängerregierungen bereits vorgezeichneten moderaten aber stetigen Zuwachs der Mittel für Forschung, für das nationale Raumfahrtprogramm und für die deutsche Beteiligung an Programmen der Europäischen Raumfahrtagentur (ESA) bleibt. Das schafft Planungssicherheit im Hinblick auf den finanziellen Rahmen.

Allerdings ist unklar, ob hiervon auch neue Projekte oder nur bereits bestehende Programme finanziert werden können. Zudem fehlen klare Aussagen, wie denn die Weichenstellung nach Ablauf des ISS-Programms und die

zukünftige Finanzierung des Ausbaus von Galileo aussehen sollen. Wir werden genau beobachten, wie die weitere Konkretisierung des Raumfahrtprogramms erfolgt, die letztlich über den langfristigen Erfolg entscheidet.

Wir unterstützen die Bundesregierung nachdrücklich in ihrer Position, die europäische Raumfahrtagentur ESA zu stärken. Leider ist aber auch insoweit festzustellen, dass die Bundesregierung auf europäischer Ebene nicht konsequent und nachhaltig genug agiert, um dies abzusichern. Deutschland ist auf wichtigen internationalen Positionen nicht mehr vertreten.

So wurde kürzlich von der Bundesregierung die Chance vertan, einen deutschen ESA-Chef zu stellen. Dabei ist gerade die Rolle der ESA von besonderer Bedeutung, insbesondere im Verhältnis zur Europäischen Union. Diese hat mit dem Lissaboner Vertrag eine eigene Kompetenz für Raumfahrt erhalten. Es ist in der Sache geboten, weiterhin auf die hohe Kompetenz der ESA zu setzen, auch bei der Durchführung europäischer Raumfahrtprojekte. Dies ist zugleich im deutschen Interesse, weil damit im Gegensatz zu den Vergaberegeln der EU sichergestellt werden kann, dass die erhebliche finanzielle Beteiligung Deutschlands sich in Aufträgen für deutsche Unternehmen widerspiegelt (Rückflussprinzip).

Zu begrüßen ist, dass in der Satellitennavigation Deutschland seine „Führungsrolle beim europäischen Navigationssystem Galileo behaupten“ soll. Hier nehmen wir die Bundesregierung beim Wort und fordern sie auf, das Projekt zum Erfolg zu führen und dabei vor allem auf ein effizientes Kostenmanagement hinzuwirken.

Rente mit 67

SPD: Beschäftigungspolitische Voraussetzungen sind noch nicht erfüllt

Die SPD-Bundestagsfraktion sieht die Voraussetzungen für einen Einstieg in die Anhebung des Renteneintrittsalters auf 67 Jahre im Jahr 2012 nicht gegeben. Zwar hat die Anzahl älterer Erwerbstätiger in den vergangenen Jahren deutlich zugenommen, dennoch ist der Anteil der 60- bis 64-Jährigen, die sozialversicherungspflichtig beschäftigt sind, mit 23,4 Prozent im Jahr 2009 zu gering.

Grundsätzlich halten die Sozialdemokraten an der Rente mit 67 fest. Um langfristig ein höheres Renteneintrittsalter erreichen zu können, muss jedoch die Quote der 60 bis 64-Jährigen in sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung auf mindestens 50 Prozent erhöht werden. Dazu hat die SPD-Bundestagsfraktion den Antrag „Chancen für die Teilhabe am Arbeitsleben nutzen: Arbeitsbedingungen verbessern – Rentenzugang flexibilisieren“ (Drs. 17/3995) vorgelegt.

Aus gutem Grund haben die Sozialdemokraten 2007 in der Großen Koalition darauf bestanden, dass der Beginn

der schrittweisen Erhöhung des Renteneintrittsalters mit der Überprüfung der Beschäftigungssituation Älterer verknüpft ist. Die schwarz-gelbe Bundesregierung redet sich die Zahlen schön und drückt sich vor der Tatsache, dass allein die Anhebung der Regelaltersgrenze nicht sicherstellt, dass die Beschäftigten das Renteneintrittsalter auch erreichen.

Rente mit 67 bleibt notwendig

Langfristig bleibt die Anhebung des Renteneintrittsalters sozial- und wirtschaftspolitisch notwendig. Bei einem Rückgang der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten, bei einem späteren Eintritt von jungen Menschen ins Arbeitsleben und weil künftig immer mehr Ältere immer weniger Jüngeren gegenüberstehen kann so die gesetzliche Rentenversicherung als Grundlage der Altersvorsorge gestärkt werden. Dennoch muss die Regierung, bevor das Renteneintrittsalter tatsächlich angehoben wird, die entscheidende Frage beantworten können: Ist die

überwiegende Zahl der Menschen bis zum Renteneintrittsalter sozialversicherungspflichtig beschäftigt und welche Qualität hat diese Beschäftigung?

Gesamtkonzept zur Begleitung der Anhebung des Renteneintrittsalters vorlegen

Mit ihrem Antrag hat die SPD-Bundestagsfraktion der Regierung anlässlich des ersten Überprüfungsberichts zur Anhebung der Regelaltersgrenze auf 67 Jahre konkrete Anforderungen für ein Gesamtkonzept vorgelegt, in denen sie definiert, unter welchen Bedingungen die Anhebung des Renteneintrittsalters sozial verträglich umgesetzt werden kann.

Die SPD-Bundestagsfraktion spricht sich dafür aus, den Einstieg in die Anhebung des Renteneintrittsalters zu verschieben und erneut 2014 die Beschäftigungssituation der 60 bis 64 Jährigen zu prüfen. Unser Ziel ist ein nahtloser Übergang aus dem Arbeitsleben in eine Rente ohne Abschlüsse als Regelfall.

Bessere Arbeitsbedingungen für Ältere schaffen

Die Arbeitssituation für ältere Beschäftigte muss verbessert werden. Das heißt, es müssen Maßnahmen ergriffen werden, die zum einen den gesundheitlichen Verschleiß reduzieren (alternsgerechtes Arbeiten) und zum anderen das spezifische Leistungsvermögen Älterer oder erwerbsgeminderter Menschen berücksichtigen (altersgerechtes Arbeiten). Um gute Lösungen für die Verbesserung von Arbeitsbedingungen zu entwickeln, soll die Bundesregierung die Zusammenarbeit der wichtigen Partner wie Gewerkschaften, Arbeitgeber, Stiftungen, gesetzliche und private Krankenversicherung, gesetzliche Renten- und Unfallversicherung und der öffentlichen Hand in Bund, Ländern und Kommunen voran treiben.

Für ein längeres Arbeitsleben müssen die Beschäftigten

auch durch Fort- und Weiterbildung befähigt werden. Hier gilt es mehr zu investieren und dazu u.a. die Arbeitslosenversicherung zu einer Arbeitsversicherung weiter zu entwickeln.

Die Arbeitsmarktpolitik muss gestärkt werden, um mehr Menschen in sozialversicherungspflichtige Arbeit zu bringen. Dazu soll die Bundesregierung die geplanten Kürzungen und Verschlechterungen bei der Förderung von Arbeitsuchenden und vor allem Langzeitarbeitslosen zurücknehmen. Es muss verhindert werden, dass ältere Langzeitarbeitslose gegen ihren Willen in Rente mit Abschlüssen verwiesen werden, wenn sie die Regelaltersgrenze noch nicht erreicht haben.

Übergang in Rente flexibel gestalten

Nicht alle Beschäftigten werden gesundheitlich in der Lage sein, bis zum Erreichen der Regelaltersgrenze arbeiten zu können. Deshalb müssen die Übergänge in die Rente flexibel gestaltet werden. Dazu gilt es, die von der Bundesagentur für Arbeit geförderte Altersteilzeit fortzusetzen. Ab dem 60. Lebensjahr soll neben einer verkürzten Arbeitszeit eine Teilrente bezogen werden können. Außerdem muss die Möglichkeit geschaffen werden, bei belastenden Tätigkeiten durch Zusatzbeiträge Abschlüsse bei einer vorgezogenen Rente vermeiden zu können. Diese können von den Rentenversicherern, dem jeweiligen Arbeitgeber und auch von tariflichen Fonds finanziert werden.

Außerdem soll eine bessere Absicherung gegen das Risiko der Erwerbsminderung erfolgen und der Altersarmut entgegengesteuert werden. Hier gilt es vor allem bis zur Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns bei Geringverdienern die Mindestentgeltpunkte höher zu bewerten.

Schwarz-gelbe Gesundheitsreform

SPD fordert eine Gesundheitspolitik ohne Klassenschranken

Der Deutsche Bundestag hat Mitte November die Gesetze zur Finanzierung der Gesetzlichen Krankenversicherung und zur Arzneimittelneuordnung mit den Stimmen der Regierungskoalition beschlossen. Die Vorhaben von Union und FDP bedeuten eine Richtungsentscheidung: Schwarz-Gelb bedient die Interessen von Arzneimittelherstellern und Privatkassen, schwächt die Gesetzliche Krankenversicherung und belastet Gering- und Normalverdiener. Die schwarz-gelbe Gesundheitspolitik führt zu höheren Abgaben und einseitigen Zusatzbeiträgen für die Versicherten – der Einstieg in das System der Kopfpauschale. Am Ende stehen soziale Spaltung bei Gesundheit und Dreiklassenmedizin in Deutschland, wie sie aus anderen Ländern ohne solidarischen Ausgleich bekannt ist. Damit wird in Zukunft vor einer guten Versorgung im Krankheits- und Versorgungsfall gefragt: „Kannst du es bezahlen?“

GKV-Finanzierungsgesetz: Einstieg in die Entsolidarisierung

Die Beitragssätze der gesetzlichen Krankenversicherung werden ab 2011 von 14,9 Prozent auf

15,5 Prozent ansteigen. Davon entfallen 8,2 Prozent auf die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Die Arbeitgeber zahlen 7,3 Prozent, und dieser Anteil soll eingefroren werden. Alle Kostensteigerungen im Gesundheitssystem werden in Zukunft einseitig auf die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sowie auf Rentnerinnen und Rentner abgewälzt. Für sie steigen die Beiträge künftig doppelt so stark, weil die Arbeitgeberbeiträge eingefroren und ungedeckelte Zusatzbeiträge ohne Rücksicht auf das Einkommen erhoben werden.

Geringverdiener werden künftig am stärksten belastet und haben kaum Aussicht auf sozialen Ausgleich. Dies bedeutet die Einführung der unsozialen Kopfpauschale und der Ausstieg aus der paritätischen Finanzierung in der gesetzlichen Krankenversicherung. Die Wartezeit für einen Wechsel von der Gesetzlichen zur Privaten Krankenversicherung soll von drei Jahren auf ein Jahr verkürzt werden. Die Regelung soll noch in diesem Jahr in Kraft treten, damit alle, die mit ihrem Jahreseinkommen aus 2010 die Versicherungspflichtgrenze überschreiten, zum 1. Januar 2011 bereits

die Option zum Wechsel in die PKV erhalten. Junge, gesunde Mitglieder werden vermehrt von der gesetzlichen zur Privatversicherung abwandern und Einnahmeverluste für die GKV von 500 Millionen Euro im ersten Jahr verursachen.

Arzneimittelneuordnungsgesetz: Profitgarantie für die Pharmaindustrie

Schwarz-Gelb will es der Pharma-Industrie ermöglichen, die Arzneimittelpreise für neue Arzneimittel im ersten Jahr festzusetzen – verbunden mit einer sofortigen Erstattung durch die Gesetzlichen Krankenkassen. Ab dem zweiten Jahr gilt der zwischen den GKV und den Herstellern verhandelte Erstattungspreis nach einer Nutzen-Bewertung. Die Hersteller werden folglich das erste Jahr nutzen, um mit maßlosen Preisen vorab so viel Gewinn wie möglich abzuschöpfen, bevor der Verhandlungspreis festgesetzt wird. Außerdem sollen nutzlose Arzneien leichter verkauft werden können. Die in der neuen Rechtsverordnung hierfür aufgeführten aufgeweichten Kriterien hat der Verband forschender Arzneimittelhersteller vorformuliert. Bei vergaberechtlichen Streitigkeiten wird die Zuständigkeit von den Sozial- zu den Zivilgerichten übertragen. Mit dem Zuständigkeitswechsel steigen die Erfolgsaussichten der Pharmaunternehmen bei Klagen gegen Ausschreibungen und Rabattverträge.

Für die GKV wird das Kartellrecht eingeführt. Damit werden Arzneimittel-Rabattverträge zwischen Herstellern und Zusammenschlüssen mehrerer Kassen erschwert bzw. verhindert. Das bedeutet konkret, dass künftig nur noch einzelne Kassen Rabattverträge mit geringerem Marktanteil und folglich höheren Preisen abschließen können. Im Ergebnis bedeutet dies einen höheren Gewinn für die Pharmaindustrie.

Durch die Mehrkostenregelung werden die Rabattverträge weiter ausgehöhlt, da seitens der Krankenkassen keine Mengengarantie mehr erfolgen kann. Bei der Mehrkostenregelung kann der Patient ein Medikament auch dann mit Aufzahlung bekommen, wenn seine Kasse für ein wirkstoffgleiches Medikament einen Rabattvertrag abgeschlossen hat. Bisher musste in diesem Fall das „Wunschmedikament“, wenn für die Verordnung keine medizinische Begründung vorlag, komplett selbst bezahlt werden. Viele Patienten werden künftig freiwillig oder unfreiwillig (auf Anraten eines von Pharmavertretern häufig aufgesuchten Arztes) unter Aufzahlung mehr für ihre Arzneimittel bezahlen, zugunsten der Umsätze der Pharmaindustrie und zu Lasten der Versichertengemeinschaft.

Vorkasse: Erste, zweite und dritte Klasse in der Arztpraxis

Bisher gilt bei der gesetzlichen Krankenversicherung das Sachleistungsprinzip: Jeder Praxisbesuch wird nach einheitlichen Sätzen von der Kasse vergütet. Die Patienten müssen sich darum nicht kümmern. Das Sachleistungsprinzip ist der Grundpfeiler unserer solidarischen Krankenversicherung.

Es garantiert, dass Menschen zum Arzt gehen können, ohne vorher fragen zu müssen, ob ihr Geld dazu reicht. Schwarz-Gelb plant jetzt jedoch eine drastische Ausweitung der Kostenerstattungsregelungen in der Gesetzlichen Krankenversicherung. Wer genug Geld im Portemonnaie hat, um seine Arztrechnung per Vorkasse zahlen zu können, wird in Zukunft bevorzugt behandelt werden.

Damit werden nach der PKV und der Pharmaindustrie die niedergelassenen Fachärzte beschenkt. Ziel der Fachärzte ist es, sich den Verträgen, Qualitätsanforderungen und Wirtschaftlichkeitsprüfungen der Krankenkassen zu entziehen. Vor allem aber lockt die Chance, den Patientinnen und Patienten mit einer Privatrechnung direkt ins Portemonnaie zu greifen. Das Resultat wird eine Dreiklassen-Medizin sein, bei der Privatversicherte Patienten Erster-Klasse sind, gefolgt von allen gesetzlich Krankenversicherten, die es sich leisten können, Vorkasse zu zahlen. Am Ende stehen dann die normalen gesetzlich Krankenversicherten, die das geringste Honorar versprechen und deshalb z. B. mit längeren Wartezeiten rechnen müssen.

Sozialer Fortschritt geht nur gemeinsam: die Bürgerversicherung

Die SPD-Bundestagsfraktion fordert eine andere Gesundheitspolitik – ohne Klassenschranken. Das sozialdemokratische Modell ist die solidarische Bürgerversicherung. Alle Bürgerinnen und Bürger sollen sich an der Finanzierung des Gesundheitswesens nach ihrer Leistungsfähigkeit beteiligen. Wohlhabende sollen nicht aussteigen, sondern zur solidarischen Krankenversicherung beitragen. Eine Finanzierung über angemessene Beiträge und über Steuern sorgt auf Dauer für eine gerechte und stabile Finanzierung. Ob gesetzlich oder privat: Alle Versicherten sollen in den Risikoausgleich einbezogen werden. Das sollte schrittweise erfolgen, denn die erworbenen Rechte der privat Versicherten sollen beachtet werden.

Voraussetzung für ein solidarisches System sind vergleichbare Spielregeln und fairer Wettbewerb für alle Krankenkassen und Versicherungsunternehmen. Auch die privaten Kassen müssen Verantwortung für die Qualität und die Preise der medizinischen Leistungen übernehmen, so wie das die Gesetzliche Krankenversicherung bereits macht. Notwendig ist eine echte Kosten-Nutzen-Bewertung von Arzneimitteln, damit die Therapien bezahlt werden, die wirklich wirken. Das Gesundheitssystem muss wieder voll paritätisch finanziert werden. Nur ein einheitliches Sozialversicherungssystem, das den Bürgerinnen und Bürgern soziale Sicherheit unabhängig von ihrem Erwerbsstatus bietet, wird dem Anspruch nach sozialer Sicherheit in einer von vielfältigen Lebensmodellen geprägten, modernen Gesellschaft heute und in Zukunft gerecht.

Finanzhilfen für Irland

Am 2. Dezember hat der Deutsche Bundestag über die Finanzhilfen der EU für Irland diskutiert. Anlässlich der Debatte hat die SPD-Bundestagsfraktion einen Antrag „Irland unterstützen und gerechten, wirksamen Mechanismus zur Bewältigung von Staatsfinanzierungskrisen schaffen“ (Drs. 17/4014) vorgelegt. Im Vorfeld hat der Haushaltsausschuss den Hilfen mit den Stimmen von Koalition, SPD und Grünen zugestimmt.

Formal muss die Bundesregierung sich nur um das Einvernehmen mit dem Bundestag (in diesem Falle mit dem Haushaltsausschuss) bemühen, damit die Voraussetzungen für die Übernahme der Gewährleistungen gegeben sind. Da der Bundestag dem Euro-Rettungsschirm im Mai bereits zugestimmt hat, muss er über Hilfen für einzelne Länder nicht mehr abstimmen. Deutschlands Anteil an den 85-Milliarden-Euro umfassenden Bürgschaften für Irland beträgt rund 6,2 Milliarden Euro.

Die SPD-Bundestagsfraktion setzte sich dabei im Rahmen eines Antrages für einen dauerhaften Mechanismus zur Bewältigung von Staatsfinanzierungskrisen ein und kritisiert, dass erneut die Banken nicht an den Kosten der Krise beteiligt werden. Zudem fordert die SPD-Bundestagsfraktion von der Bundesregierung ein Eintreten für eine Finanztransaktionssteuer sowie eine Steuerharmonisierung vor allem in der in Irland sehr niedrigen Körperschaftsteuer.

Die Irland-Hilfe wird jetzt wieder die Frage auf nach den Ursachen der Krise und nach der Zukunft nicht nur des Euro – der sich weit stabiler zeigt, als viele mutmaßten – sondern der EU als einer Solidargemeinschaft. Die aktuellen Schwierigkeiten Irlands, aber auch anderer Staa-

ten, haben vor allem mit einem aufgeblähten Bankensektor zu tun, für den die Steuerzahler gerade stehen müssen. Wer heute Staatsschulden garantiert, ohne das Bankensystem zu sanieren, doktert nur an den Symptomen herum. Erforderlich ist überdies Klarheit über die Architektur eines dauerhaften europäischen Krisenmechanismus. So lange die europäischen Staaten in fundamentalen Fragen uneins sind, werden die Märkte immer wieder die bestehenden Verabredungen auf die Probe stellen.

In einer Notlage ist natürlich schnelle und entschiedene Hilfe notwendig. Nur wenn der Patient gerettet wird, kann er anschließend auch genesen. Europa muss jetzt zusammengehalten werden, um es in Zukunft verbessern zu können. Dazu ist unabdingbar, dass gegenseitiges Vertrauen in der EU wieder wächst. Angela Merkel hat mir ihrem teils hilflosen, teils hochmütigen Agieren europäische Partner vor den Kopf gestoßen. Sie hat Zweifel geschürt. Sie hat die Rede vom „Merkel-Crash“ auf den Märkten provoziert. Sie hat den verheerenden Eindruck billigend in Kauf genommen, dass Deutschland Europa den Rücken kehrt.

In dieser Lage ist ein klares Bekenntnis zu Europa notwendig. Als Europäer zu handeln heißt, die Solidarität bekräftigen, die uns gemeinsam stark macht. Dazu gehören jetzt Vorstöße, wie spekulative Finanzgeschäfte kontrolliert, wie die Branche über eine Finanztransaktionssteuer an öffentlichen Aufgaben beteiligt werden und wie eine Harmonisierung der Unternehmenssteuersätze in Europa gelingen kann.

Kommunal Finanzen

SPD will Gewerbesteuer stärken

Die schwarz-gelbe Regierungskoalition fährt auch bei der Gewerbesteuer einen Zick-Zack-Kurs, der auf die Orientierungslosigkeit bei der Reform der kommunalen Finanzen zurückzuführen ist. Die Zusage des Bundesfinanzministers, die Gewerbesteuer nicht anzutasten wurde durch den Koalitionsausschuss am 18. November wieder zurückgenommen. Dieses Hin und Her schadet den Kommunen, die eine klare und verlässliche Entscheidung zur Verbesserung ihrer Finanzausstattung brauchen.

Die SPD unterstützt die Kommunalen Spitzenverbände in ihrer Forderung, die Gewerbesteuer als Haupteinnahmequelle der Städte und Gemeinden zu erhalten. Es gibt – das ist hin und her gerechnet worden – zur Gewerbesteuer keine ernsthafte Alternative.

Am 2. Dezember hat die SPD-Bundestagsfraktion dazu den Antrag „Klare Perspektiven für Kommunen – Gewerbesteuer stärken“ (Drs. 17/3996) im Bundestag eingebracht. In diesem wird die Bundesregierung aufgefordert:

- die Zusage einzuhalten, dass die Gewerbesteuer erhalten bleibt;

- alle weiteren Maßnahmen zur Aushöhlung der Gewerbesteuer durch eine Schmälerung der Bemessungsgrundlage zu unterlassen;
- die finanziellen Auswirkungen des Kommunalmodells (Erweiterung der Hinzurechnungen und die Einbeziehung der Selbständigen und freien Berufe in die Gewerbesteuerpflicht) zur Weiterentwicklung der Gewerbesteuer zeitnah zu berechnen;
- die Beratungen der Gemeindefinanzkommission auf der Grundlage des Kommunalmodells fortzusetzen und zügig zu einem Abschluss zu führen;
- auf die Einführung eines kommunalen Hebesatzrechtes bei der Einkommensteuer zu verzichten; – die Kommunen von Ausgaben für die soziale Sicherung zu entlasten und dies nicht von Änderungen bei der Gewerbesteuer und/oder der Einkommensteuer abhängig zu machen.

In dem Zusammenhang wurde auch erneut über einen Antrag vom März diesen Jahres debattiert, in dem die SPD-Bundestagsfraktion einen Rettungsschirm für Kommunen (Drs. 17/1152) gefordert hatte.

Soziale Spaltung mit fiskalischen Mitteln

Der Bundestag hat am 26. November den von der Bundesregierung vorgelegten Bundeshaushalt 2011 verabschiedet. Im Jahr 2011 wird der Bund insgesamt 305,8 Milliarden Euro ausgeben - fast 14 Milliarden Euro weniger als im laufenden Jahr. Dennoch sieht der Haushalt für 2011 die zweithöchste Nettoneuverschuldung in der Geschichte der Bundesrepublik vor.

Der erste eigene schwarz-gelbe Bundeshaushalt ist eine herbe Enttäuschung. Das sozial ungerechte „Sparpaket“ der Bundesregierung wurde dort aufgeweicht, wo Lobbyinteressen überwogen, Gering- und Normalverdiener sind weiterhin am stärksten belastet.

Schwarz-Gelb verspielt Mehreinnahmen

Zunächst sinkt die Neuverschuldung auf dem Papier zwar von 57 Milliarden Euro im Regierungsentwurf auf 48,4 Milliarden Euro. Nur: Allein durch die konjunkturellen Mehreinnahmen bei den Steuern und Minderausgaben für den Arbeitsmarkt hätte sie schon um etwa 10,3 Milliarden Euro gesenkt werden müssen – auf dann 46,7 Milliarden Euro. Die Koalition hat also nicht gespart, sondern dort draufgesattelt, wo es ihrer Klientel nützt. Ergebnis: 1,4 Milliarden Euro aus den Mehreinnahmen werden verspielt, anstatt die von vielen gesellschaftlichen Akteuren kritisierten unsozialen Kürzungen zu korrigieren.

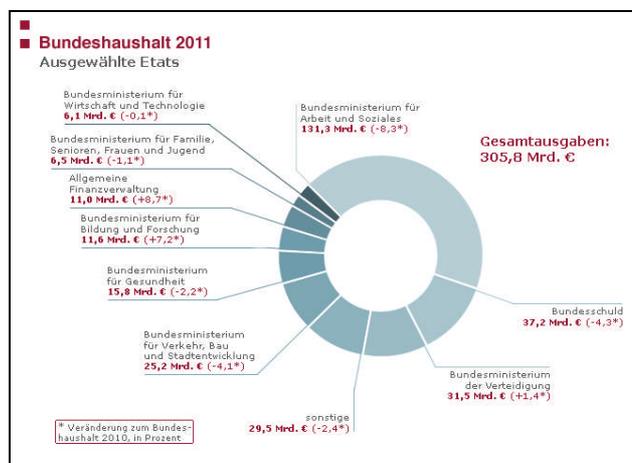
Chancen für einen nachhaltigen Aufschwung verspielt

Die Regierung kapituliert vor den Herausforderungen der Finanzkrise und verspielt die große Chance für einen nachhaltigen Aufschwung, an dem auch Geringverdiener und Arbeitslose teilhaben.

Der vorgelegte Haushalt ist ein Dokument der Klientelpolitik. Bedient werden die Interessen einflussreicher Lobbygruppen. Lohndumping auf Kosten des Steuerzahlers wird nicht eingeschränkt, sondern soll ausgeweitet werden, statt eines Mindestlohns kommt mit der Ausweitung der Hinzuverdienstgrenzen die weitere Subventionierung des Niedriglohnsektors. Die Kernbrennstoffsteuer wird nicht einmal das von der Regierung selbst veranschlagte Volumen erbringen, geschweige denn die Oligopolgewinne aus der Laufzeitverlängerung ausgleichen. Die Luftverkehrssteuer zahlen am Ende die Verbraucher. Steuerprivilegien für Hoteliers und Erben bleiben bestehen. Vor allem die angekündigte Finanztransaktionssteuer, die den Finanzsektor wirksam an den Krisenkosten beteiligen würde, steht in den Sternen.

Der Haushalt exekutiert die von Schwarz-Gelb betriebene Spaltung der Gesellschaft. Die größten Lasten tragen Arbeitslose, Alleinerziehende, Eltern und normale Arbeitnehmer. Für sie ist das

schwarz-gelbe Wahlversprechen „mehr Netto vom Brutto“ eine glatte Lüge. Dramatische Einschnitte bei den Eingliederungsleistungen in den Arbeitsmarkt, die Abschaffung des Rechts, einen Schulabschluss nachzuholen, die Streichung des Elterngeldes für Langzeitarbeitslose, die Streichung des Rentenversicherungsbeitrages für Langzeitarbeitslose, wodurch die Gesetzliche Rentenversicherung mit 1,8 Milliarden Euro belastet und auf lange Sicht das Risiko für die Kommunen gesteigert wird, bei Altersarmut einzuspringen, oder auch der Tot auf Raten für das Programm Soziale Stadt – diese Schritte sind nicht nur sozial fragwürdig, sie sind schädlich für die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und für die Integration von Einwanderern.



Schließlich versagt der Haushalt vor der Aufgabe, Investitionen zu stärken, Innovationen zu dynamisieren und die deutsche Binnenmarktentwicklung zu verbessern, die unsere einseitige Abhängigkeit vom Export ausgleichen würde. Die Kürzungen bei der Förderung Erneuerbarer Energien, beim Klimaschutz, bei der Städtebauförderung gehen zu Lasten der Zukunft.

Die SPD hat eine Alternative vorgelegt. Eine ambitioniertere Rückführung der Schulden ist möglich. Zugleich können gegenfinanzierte Verbesserungen bei einer aktivierenden Arbeitsmarktpolitik, bei Bildung und Integration, bei Umwelt und Klimaschutz, bei den Investitionen in den Kommunen und bei der Entlastung der Städte und Gemeinden von Sozialausgaben erreicht werden. Schwarz-Gelb will es nicht.

Sozial ungerechte Politik zurücknehmen

Die SPD-Bundestagsfraktion hat durch Anträge in der Haushaltswoche belegt, dass die Einhaltung der aktualisierten Verschuldungsgrenze möglich ist. Dabei wurden noch wesentliche gegenfinanzierte Schwerpunkte gesetzt wie die Rücknahme der Kürzungen im Sozialbereich und bei der Städtebauförderung, den Ausbau der Bildungsinfrastruktur mit zusätzlichen 300 Millionen Euro, die Aufstockung der Mittel für Entwicklungshilfe um

1,25 Milliarden Euro und die unbedingt notwendige Stärkung der Finanzkraft der Gemeinden durch 300 Millionen Euro zusätzlich bei der Bundesbeteiligung bei der Grundsicherung im Alter sowie 400 Millionen Euro zusätzlich bei der Beteiligung des Bundes an den Leistungen für Unterkunft und Heizung. In zwei Entschließungsanträgen (Drs. 17/3911, 17/3912) hat die SPD-Bundestagsfraktion Alternativen vorgestellt und die Bundesregierung aufgefordert, die Schuldenbremse ernst zu nehmen, die Einsparungen im Sozialbereich und beim Arbeitsmarkt zurückzunehmen, Gerechtigkeit und Sicherheit zu gewährleisten, Fortschritt und Zukunft zu gestalten und nachhaltiges Wachstum und Arbeit zu fördern.

Zu den Änderungsanträgen zählt auch die Aufforderung, die Mittel für die Städtebauförderung und der Förderprogramme fortzuschreiben. Insbesondere die Kürzungen bei dem Programm „Soziale Stadt“ sind im Hinblick auf ihre strengen Forderungen zur Integration ein Schlag ins Gesicht der engagierten Mitbürger, die sich an dem sehr erfolgreichen Programm beteiligen.

Mit den Kürzungen der Programmmittel von 95 auf 28,5 Milliarden Euro werden ausgerechnet die sozialen Maßnahmenpakete des Programms zusammengestrichen. Die Förderung soll nur noch für Baumaßnahmen genutzt werden können. Noch drastischer wirken sich die Kürzungen aus, da der Bund nur ein Drittel der Gesamtaufwendungen des Programmes finanziert. Es besteht die Gefahr, das Länder und Kommunen ihre Zuschüsse ebenfalls anteilig kürzen.

Schwarz-Gelb bleibt die Antwort auf die Frage schuldig, wie erfolgreiche Integration ohne Aktivierung und Beteiligung gelingen soll. Gerade die Verbindung von baulichen und sozial-integrativen Maßnahmen hat das Programm „Soziale Stadt“ zu einer echten Erfolgsgeschichte gemacht. Ob im Kiez, im Viertel, im Stadtteil - durch die bisherige Förderung konnte bürgerschaftliches Engagement und soziale Teilhabe ermöglicht werden, wurden Rahmenbedingungen entwickelt, mit denen Bewohner zu Bürgern wurden. Besonders drastisch wirken sich die Kürzungen auf Planungen in den einzelnen Programmgebieten aus. Bereits geplante Vorhaben wurden nur „vorbehaltlich Zuweisung der Mittel des Bundes“ bewilligt und werden jetzt hinfällig. Damit stehen zahlreiche Programmbereiche bereits im Januar 2011 vor dem Aus.

Schwarz-Gelb streicht die Mittel für das Bund-Länder-Programm Soziale Stadt zusammen und entzieht jahrelanger erfolgreicher Integrationsarbeit die Arbeitsgrundlage. Mit den gemeinsam von Bund, Ländern und Kommunen aufgebrauchten Mitteln konnten seit 1999 in 571 Gebieten in über 350 Gemeinden wichtige Maßnahmen für die Belegung von Stadtteilen mit besonderem Förderbedarf ermöglicht werden. Die Bundesregierung bricht damit Brücken ab, über die wir in den letzten zwölf Jahren erfolgreiche Integrationsarbeit organisiert haben. Der Ausbau von Partizipations-

möglichkeiten in sozialen Brennpunkten, Integrationsangebote und Sprachkurse für Migrantinnen und Migranten, die Einrichtung eines eigenen Quartiersmanagements und von Nachbarschaftstreffs, die Förderung der Identifikation mit dem eigenen Lebensumfeld und die Möglichkeit, darauf gestaltend Einfluss zu nehmen - genau diese Komponenten will Schwarz-Gelb mit Kürzungen aus dem Programm Soziale Stadt streichen.

Einen weiteren Antrag hat die SPD-Bundestagsfraktion gestellt, mehr Geld für Integrationskurse bereitzustellen und den entsprechenden Haushaltsposten des BAMF im Einzelplan 06 für das nächste Jahr von den derzeit geplanten 218 Millionen Euro aufzustocken, damit alle einen Integrationskurs belegen können. Anstatt teures Geld für Studien über vermeintliche Integrationsverweigerer und inhaltsleere Gipfel zu verschwenden, sollten die durch eine Unterfinanzierung verursachten langen Wartezeiten zur Teilnahme an einem Integrationskurs endlich beseitigt werden. Die Integrationskursteilnehmer würden dann auch schneller dem Arbeitsmarkt zu Verfügung stehen. Dass das Geld vorne und hinten nicht reicht, um Integrationswilligen den Kursbesuch zu ermöglichen, war uns in der SPD-Bundestagsfraktion schon lange klar, aber alle Einwände, mindestens weitere 15 Millionen Euro bereitzustellen, wurden in den Wind geschlagen. Über 20.000 Migranten wird damit der Zugang zu den Integrationskursen verwehrt. Das sind 20.000 Enttäuschungen, integrationspolitisch ein verheerendes Signal: Alle fordern von Migranten die Beherrschung der deutschen Sprache, und dann gibt es für Frei- und Lernwillige keine Plätze.

Schäuble untergräbt Schuldenbremse

Damit aber nicht genug: Herr Schäuble trickst und untergräbt damit die Glaubwürdigkeit und Effektivität der neuen Schuldenregel im Grundgesetz gleich im ersten Jahr ihrer Anwendung. Denn Regierung und Koalition verweigern eine ehrliche Bestimmung der vorgeschriebenen Schuldenreduzierung. Da sich die Haushaltssituation im zweiten Halbjahr 2010 nochmals erheblich verbessert hat, hätte die für den Abbaupfad bis 2016 maßgebliche Größe des sog. strukturellen Defizits nach Geist und Sinn der gesetzlichen Regelung nochmals aktualisiert werden müssen. Schwarz-Gelb hat das nicht getan und sich über diesen Trick ermöglicht, bis 2014 voraussichtlich mehr als 27 Milliarden Euro mehr Schulden machen zu können als nach dem Grundgesetz eigentlich zulässig. Bundesrechnungshof, Bundesbank und der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung haben das stark kritisiert, weil dieser Trick schon 2011 die Schuldengrenze um 3,4 Milliarden Euro verletzt.

Es drängt sich also der Verdacht auf: Mit diesem Spielraum wollen der Bundesfinanzminister und die Koalition einen zweiten Wahlbetrug mit dem gleichen Steuersenkungsthema wie bei der letzten Bundestagswahl vorbereiten.

Die SPD steht ohne Abstriche zum Geist und Inhalt der neuen verfassungsrechtlichen Vorgaben und hat durch ihre Anträge belegt, dass die Einhaltung der aktualisierten Verschuldungsgrenze möglich ist – und dabei zugleich alle sozial ungerechten und unsolidarischen Kürzungen zurückgenommen!

Das Konsolidierungsprogramm der SPD

Zur Gewährleistung einer nachhaltigen, wachstumsorientierten Konsolidierungspolitik sind die folgenden Maßnahmen, die wir im Parlament mit Änderungsanträgen und Entschließungsanträgen untermauert haben, unverzüglich umzusetzen:

1. Die Maßnahmen des Wachstumsbeschleunigungsgesetzes mit Ausnahme der Erhöhung des Kindergelds und der Leistungen zur steuerlichen Entlastung und Förderung der Familien mit Kindern und zur besonderen Berücksichtigung der Aufwendungen der Familien für die Betreuung und Erziehung oder Ausbildung der Kinder und des Gesetzes zur Umsetzung steuerlicher EU-Vorgaben sind zurückzunehmen. Daraus resultieren Mehreinnahmen des Bundes von 1,8 Milliarden Euro jährlich. Zudem profitieren Kommunen und Länder.
2. Das Kernbrennstoffsteuergesetz ist hinsichtlich der Bemessungsgrundlage und des Geltungszeitraums im Sinne des Antrags der SPD im Haushaltsausschuss vom 21. Oktober 2010 neu zu gestalten. Daraus resultieren über die 2,3 Milliarden Euro jährlich hinaus, die bislang zur Haushaltskonsolidierung vorgesehen sind, weitere 1,2 Milliarden Euro, die zur Verstärkung der klimaschützenden Investitionsprogramme, des Gebäudesanierungsprogramms, aber auch zur Haushaltskonsolidierung zu verwenden sind. Aus dem Aufkommen sind 300 Mio. Euro zur Kompensation von Steuermindereinnahmen aufgrund dieses Gesetzes den Kommunen durch eine Erhöhung der Bundesbeteiligung bei der Grundsicherung im Alter zuzuführen.

3. Es ist umgehend ein einheitlicher gesetzlicher Mindestlohn von 8,50 Euro pro Stunde gemäß des Antrags der SPD-Fraktion (BT-Drs. 17/1408) einzuführen, der zu substantiellen Mehreinnahmen und Minderausgaben führt, und zwar gesamtstaatlich jeweils bei der gesetzlichen Renten-, Kranken- und Pflegeversicherung sowie der Bundesagentur für Arbeit, aber auch beim Bund durch Minderausgaben bei der Grundsicherung für Arbeitsuchende vor allem durch eine sich reduzierende Zahl von sog. Aufstockern, aber auch über Steuermehereinnahmen. Diese Mehreinnahmen und Minderausgaben summieren sich für den Bund auf etwa 3,5 Milliarden Euro.
4. Mittelfristig ist die Einführung einer Bundessteuerverwaltung anzustreben, die gemäß der Auffassung des Bundesrechnungshofs jährliche Mehreinnahmen für den Bund von bis zu 12 Milliarden Euro zur Folge hätte. Kurzfristig ist dies für 2011 durch eine Verbesserung und Optimierung des (einheitlichen) Steuervollzugs durch die Länder u.a. mithilfe des Instruments der Ausweitung von Betriebsprüfungen einzuleiten. Daraus resultieren Mehreinnahmen für den Bund von etwa 3,7 Milliarden Euro für 2011 und jeweils aufsteigend in den Folgejahren.
5. Der Spitzensteuersatz in der Einkommensteuer ist von 42 Prozent auf 49 Prozent zu erhöhen, dafür aber erst ab einem zu versteuernden Bruttojahreseinkommen von 100.000 Euro für Ledige und 200.000 Euro für Verheiratete. Daraus resultieren mindestens Mehreinnahmen des Bundes von etwa 2,8 Milliarden Euro.

Damit senkt die SPD die Neuverschuldung ab auf 42,3 Milliarden Euro und liegt damit im Gegensatz zur Koalition nicht über, sondern deutlich unter der Schuldenobergrenze von 45 Milliarden Euro.

Haushaltsbegleitgesetz

Sparpaket mit sozialer Schieflage

Am 28. Oktober wurde das Haushaltsbegleitgesetz in 2./3. Lesung beschlossen. Es ist sozial ungerecht, verstärkt regionale Ungleichgewichte, es verschiebt Lasten zu Gemeinden und Sozialversicherungen, es schadet Wachstum und Beschäftigung und fordert faktisch keinen Beitrag des Finanzsektors ein, obwohl dieser für die Kosten der Wirtschafts-, Finanz- und Staatsfinanzierungskrise in erheblichem Umfang mitverantwortlich ist.

Falsches Konzept bei Sparpaket und Haushaltsbegleitgesetz

Das Haushaltsbegleitgesetz kann als ein Teil des sogenannten Sparpakets der Bundesregierung nur im Zusammenhang bewertet werden. Mit dem Sparpaket will die Bundesregierung den Bundeshaushalt mit einem

falschen und unausgewogenen Konzept konsolidieren. Das Paket bürdet die Lasten ganz überwiegend den Bürgern auf und lässt die Wirtschaft letztlich nahezu ungeschoren.

Im Haushaltsbegleitgesetz werden keineswegs alle gesetzlichen haushaltsbegleitenden Maßnahmen zusammenfasst. Aus erkennbar taktischen Gründen hat die Bundesregierung einige Regelungen gesondert auf den Weg gebracht bzw. beabsichtigt dies. Unter anderem gilt das für die Kernbrennstoffsteuer, die in ein gesondertes Paket eingebunden ist, um die Klientelpolitik zu Gunsten der großen Energieunternehmen zu kaschieren. Und es gilt für die Finanztransaktionssteuer, für die ein Gesetzentwurf noch überhaupt nicht in Sicht ist. Diese herausgelösten Elemente gehören in den Kontext des Haus-

haltsbegleitgesetzes.

Die Wirtschaft wird geschont

Die Bundesregierung hat sich um den Eindruck bemüht, die Belastungen zwischen Bürger und Wirtschaft in etwa ausgewogen zu verteilen. So beziffert das Sparpaket den Beteiligungsbeitrag von Unternehmen in 2011 mit 3,3 Milliarden Euro und die Eingriffe in Sozialgesetze mit 3 Milliarden Euro. Aber die Wahrheit sieht anders aus, die Rechnung ist falsch. Der Wirtschaft werden einerseits angebliche Belastungen zugerechnet, die sie gar nicht oder nur zum Teil treffen werden. Vieles davon wird auf die Bürger umgewälzt werden. Die Bahndividende z. B. zahlt letztlich nicht das Unternehmen, sondern die Bahnkunden über höhere Ticketpreise. Auch die Luftverkehrsteuer wird nicht die Wirtschaft belasten, sondern auf die Fluggäste umgelegt werden. Dadurch verteuern sich Ticketpreise für Reisen, der Frachtverkehr allerdings bleibt unbelastet.

Das Sparpaket ist sozial unausgewogen und ungerecht

Die Botschaft des Sparpakets ist deutlich: Gespart wird auf Kosten der Schwachen in der Gesellschaft und auf Kosten derjenigen, die trotz erheblicher Bemühungen keine Arbeit finden können. So erhalten Bezieherinnen und Bezieher von Arbeitslosengeld II künftig kein Elterngeld mehr, da diese Leistung nun als Einkommen angerechnet wird. Für einen vergleichsweise geringen Einsparbetrag von rund 450 Millionen Euro für den Bund und 50 Millionen Euro für die Gemeinden jährlich werden alleinerziehende und hilfebedürftige Eltern künftig zu „Eltern 2. Klasse“ gemacht, indem ihnen notwendige finanzielle Mittel weiter zusammengestrichen werden.

Die neu hinzugekommene Streichung des Elterngeldes bei „Gutverdienenden“ ist reine Symbolpolitik. Die Streichung des Elterngeldes bei „Gutverdienenden“ betrifft alle Eltern, die der Reichensteuer unterliegen und gemeinsam 500.000 Euro und mehr beziehen. Dies wird im Gegensatz zu den Hartz-IV-Familien nur sehr wenige Eltern betreffen aber einen erheblichen Verwaltungsaufwand verursachen, da individuelle Einkommensprüfungen vorgenommen werden müssen. Mehr noch: Während bei Hartz-IV-Empfängerinnen und -Empfängern 450 Millionen Euro eingespart werden, sind es bei den Gutverdienenden lediglich 3,8 Millionen Euro.

Empfängerinnen und Empfängern von Arbeitslosengeld I, die in Arbeitslosengeld II übergehen, wird der befristete Zuschlag gestrichen. Für ein Kürzungsvolumen von gerade einmal 210 Millionen Euro wird sozialversicherungspflichtige Arbeit entwertet, diejenigen, die lange gearbeitet haben, erhalten nun noch weniger.

Auch die Kürzung des Wohngelds und der Wegfall der Heizkostenkomponente sind sozial unausgewogen und ungerecht. Damit werden rund 800.000 Wohngeldempfängerhaushalte, die über ein durchschnittliches Einkommen von etwa 800 Euro verfügen, mit zusätzlich zwischen 10 und 30 Euro belastet.

Verschiebung von Lasten zu Gemeinden und Sozialversicherungen

Eine Reihe von Maßnahmen entlastet zwar den Bund, verschiebt diese Lasten aber zu Gemeinden und Sozial-

versicherungen. Sie führen deshalb gesamtstaatlich zu keiner Konsolidierung. So wird der Wegfall der Versicherungspflicht der Bezieher von Arbeitslosengeld II in der gesetzlichen Rentenversicherung die Gemeinden belasten, da er einen Anstieg der Aufwendungen im Bereich der Grundsicherung im Alter zur Folge haben wird. Auch der Wegfall der Heizkostenkomponente im Wohngeldgesetz wird bei den Gemeinden zu zusätzlichen Aufwendungen bei den Kosten für Unterkunft und Heizung im Rahmen der Grundsicherung für Arbeitsuchende führen.

Das Sparpaket schadet Wachstum und Beschäftigung

Die Bundesregierung kürzt ausgerechnet bei Arbeitslosen, Eltern und Niedriglohneempfängern, die ihr Geld fast vollständig auf dem heimischen Markt ausgeben. Diese Kürzungen schlagen unmittelbar bei der Binnennachfrage zu Buche und dämpfen das Wachstum und die Beschäftigungsentwicklung. Was schon unter Gerechtigkeitsgesichtspunkten nicht hinnehmbar ist, ist auch volkswirtschaftlich Unfug. Sinnvoll wäre stattdessen, die Finanzierung der Krisenkosten und der Haushaltskonsolidierung nach dem Verursacher- und dem Leistungsfähigkeitsprinzip auszurichten. Denn im Haushaltsbegleitgesetz sind keine Einnahmeverbesserungen enthalten, die die schwarz-gelbe Koalition sowie die Bundesregierung als Beteiligung des Finanzsektors an den Krisenkosten und an der Finanzierung der öffentlichen Hand lauthals eingefordert haben.

Intelligentes Konsolidierungskonzept gefordert

In einem Entschließungsantrag (Drs. 17/3454) fordert die SPD-Bundestagsfraktion die Bundesregierung u.a. auf, auf sozial unausgewogene und ungerechte Einschnitte und Kürzungen zu verzichten und alsbald ein sozial ausgewogenes und intelligentes Konsolidierungskonzept vorzulegen.

Die Vorschläge der SPD-Bundestagsfraktion für einen finanziellen Ausgleich:

- die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns, der Bund und Gemeinden entlastet sowie Mehreinnahmen bei den Sozialversicherungen bringt.
- die Rücknahme des Wachstumsbeschleunigungsgesetzes, wobei die Kindergelderhöhung erhalten bleibt.
- die Einführung einer Bundessteuerverwaltung, die zu einer gleichmäßigeren, gerechteren und ertragreicheren Besteuerung führt.
- die Einführung einer Finanztransaktionssteuer, die deutlich höhere Einnahmen als jetzt von der Bundesregierung vorgesehen bringt.

Zum Herbst sind einige neue Bücher prominenter Sozialdemokraten erschienen. Nachfolgend drucken wir zu zwei von ihnen die Verlagsbeschreibungen ab.

Peer Steinbrück: „Unterm Strich“

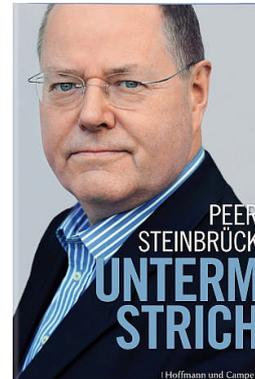
Als die Finanzkrise ausbrach, galt er vielen Bürgern und Bürgerinnen als der Sicherheitsanker der Regierung.

Inzwischen nicht mehr auf der Regierungsbank, hat er jedoch nicht verlernt, Klartext zu reden.

In seinem neuen Buch analysiert er schonungslos die Lage und zeigt Wege aus der Krise. Seine Botschaft ist eindeutig. Egal ob es um die Stärkung unserer Wirtschaft, die Stabilität der sozialen Sicherungssysteme oder die Lage der Parteien (insbesondere der SPD) geht: Eine gute Zukunft unseres Landes hängt davon ab, dass Politik und Bürger sich offen eingestehen, welche Schritte nötig sind, statt Tabus zu pflegen und mit unhaltbaren Versprechungen von den Problemen abzulenken.

Nur wenn sich die Politik von Grund auf wandelt und sich gegen den drohenden Primat der Ökonomie durchsetzt, wird sie die gewaltigen Herausforderungen der Finanz- und Wirtschaftskrise meistern.

Gelingt es uns nicht, den Mut zur Ehrlichkeit aufzubringen, hätte dies unausweichlich negative Folgen für unser Wohlstandsniveau – und damit auch für den gesellschaftlichen Zusammenhalt.



Peer Steinbrück: „Unterm Strich“

Gebundenes Buch, 480 Seiten, ISBN: 978-3-455-50166-7, Verlag Hoffmann und Campe, € 23,00 [D]

Peter Struck: „So läuft das: Politik mit Ecken und Kanten“

Erstmals nach seinem Ausscheiden aus der aktiven Politik meldet sich **Peter Struck** ausführlich zu Wort.

Dabei lässt der ehemalige SPD-Fraktionsvorsitzende und Verteidigungsminister nicht nur die zurückliegenden Jahre Revue passieren, sondern kommentiert auch in gewohnt sympathischer Offenheit die innen-, außen- und parteipolitischen Entwicklungen der Gegenwart.

Als Peter Struck im Herbst 2009 nach knapp dreißig Jahren als Abgeordneter den Bundestag verließ, verlor die politische Landschaft der Bundesrepublik eine ihrer markantesten Figuren. Denn Struck ist einer der letzten seiner Art: Er verkörpert den Politiker, der sagt, was er denkt, und tut, was er sagt. Nach wie vor bereit, seine Standpunkte streitbar zu vertreten, bewertet er in seinem Buch das erste Jahrzehnt der Berliner Republik – darunter die Nachwirkungen der Ära Rot-Grün, das folgenschwere Zerwürfnis zwischen Gerhard Schröder und Oskar Lafontaine, die neudefinierte Sicherheitspolitik nach dem 11. September, die Agenda 2010 und auch die Große Koalition, deren Probleme sich durch die Finanzkrise noch verstärkten.

Kritisch analysiert er den Start von Schwarz-Gelb, aber auch den heutigen Zustand der SPD. Und er erzählt davon, wie er sich nach zwei Schlaganfällen wieder ins Leben zurückkämpfte und wie Politik wirklich funktioniert:

von Freundschaften und Rivalitäten, Kompromissen und Prinzipien, von Mehrheitsfindungen im Fraktionsaal – oder auch im Hinterzimmer. Ein sehr persönliches Buch, das einen ungeschminkten Blick wirft hinter die Kulissen bundesrepublikanischer Macht.



Peter Struck: „So läuft das: Politik mit Ecken und Kanten“

Gebundenes Buch, 320 Seiten, ISBN 978-3549073858, Propyläen Verlag € 19,95 [D]

Portraitsammlung über SPD-Persönlichkeiten



Auf der Homepage www.martin-doermann.de sind frühere Portraits in einer Sonderausgabe abrufbar (Startseite).

Vorgestellt: Norbert Walter-Borjans Finanzminister des Landes Nordrhein-Westfalen

Biografie

geboren am 17. September 1952 in Krefeld-Uerdingen, verheiratet, 4 Kinder

1971: Abitur in Krefeld-Uerdingen

1978: Studium der Volkswirtschaftslehre an der Universität Bonn, Abschluss Diplom-Volkswirt

1978 bis 1980: Produktmanagement bei Henkel in Düsseldorf

1982: Promotion an der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät der Universität Köln

1982 bis 1984: Wissenschaftlicher Assistent am Seminar für Wirtschaftstheorie und -politik der Universität Köln

1984: Eintritt in die Staatskanzlei Nordrhein-Westfalen: verschiedene Funktionen mit den Schwerpunkten Wirtschaft, Haushalt und Finanzen in der Planungsabteilung

1991: Stellvertretender Regierungssprecher

1996: Regierungssprecher

1998: Staatssekretär im Ministerium für Wirtschaft und Finanzen des Saarlandes

1999 bis: 2004: Freiberuflicher Wirtschafts- und Kommunikationsberater

2004: Staatssekretär im Ministerium für Wirtschaft und Arbeit des Landes Nordrhein-Westfalen

2005: Berater

2006: Dezernent für Wirtschaft und Liegenschaften der Stadt Köln

2009: zusätzlich Stadtkämmerer der Stadt Köln

Seit dem 15. Juli 2010: Finanzminister des Landes Nordrhein-Westfalen



10 persönliche Fragen an Norbert Walter-Borjans

1. Welche politischen Vorbilder haben Sie?

Willy Brandt, Johannes Rau

2. Wen würden Sie gerne einmal treffen?

Nelson Mandela

3. Ihre liebsten Urlaubsziele?

Göçek/Türkei, Dombas/Norwegen, Azzano/Toscana/Italien

4. Ihre Leidenschaften?

Joggen, Bildhauern, Sudoku

5. Ihr politisches Leitmotiv?

Wir haben nach der Katastrophe des 2. WK ein verdammt gutes Gemeinwesen aufgebaut. Es lohnt sich, alles daran zu setzen seine Grundlagen zu erhalten und weiterzuentwickeln.

6. Ihre Lieblingsfilme?

Notting Hill, Gilbert Grape – Irgendwo in Iowa

7. Ihre Lieblingsmusik bzw. Lieblingssänger?

Rock: Rolling Stones, Klassik: Edvard Grieg – Peer Gynt, Mundart: Brigs

8. Wen oder was nehmen Sie auf eine einsame Insel mit?

Papier, Stifte (zum Schreiben und Zeichnen), Hän-gematte

9. Ihre Lieblingsbücher?

Sophies Welt von Jostein Garner, Die italienischen Schuhe von Henning Mankell, Außer Dienst von Helmut Schmidt

10. Über wen lachen Sie am liebsten

Über die Parodisten von „Switch Reloaded“

INFOS ZU MARTIN DÖRMANN, MdB

Aufgabenschwerpunkte: Wirtschaft und Medien

- Seit 2002 direkt gewählter Bundestagsabgeordneter im Wahlkreis Köln I

Funktionen und Mitgliedschaften im Deutschen Bundestag

- Medienpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion
- Mitglied im Ausschuss für Wirtschaft und Technologie
- Stellv. Vorsitzender des Ausschusses für Wirtschaft und Technologie
- Mitglied in der Enquete-Kommission „Internet und digitale Gesellschaft“
- Stellv. Vorsitzender der Enquete-Kommission „Internet und digitale Gesellschaft“
- Stellv. Mitglied im Ausschuss für Kultur und Medien
- Mitglied im Unterausschuss „Neue Medien“
- Mitglied im Vorstand der SPD-Bundestagsfraktion
- Mitglied im Vorstand der NRW-Landesgruppe der SPD-Bundestagsfraktion
- Berichterstatter der SPD-Fraktion für Telekommunikation und Raumfahrt

Sonstige Funktionen

- Mitglied im Beirat der Bundesnetzagentur für Elektrizität, Gas, Telekommunikation, Post und Eisenbahnen (Regulierungsbehörde)
- Mitglied der Medienkommission beim SPD-Parteivorstand / Koordinator für den Gesprächskreis „Digitale Infrastruktur“

Die Büros in Berlin und Köln

Abgeordnetenbüro Berlin

Martin Dörmann, MdB
Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Besucheradresse:

Konrad-Adenauer-Straße 1,
Paul-Löbe-Haus, Raum 7.340
Tel.: 030 / 227 734 18
Fax: 030 / 227 763 48
martin.doermann@bundestag.de

Mitarbeiterteam

Stefan Stader (Büroleiter),
Dr. Marc Drögemöller,
Anja Möbus, Jens Zimmer

Öffnungszeiten

Sitzungswochen
Mo.– Fr.: 8:30 bis 19 Uhr
Sitzungsfreie Wochen
Mo.– Do.: 9 bis 18 Uhr
Fr.: 9 bis 17 Uhr

Bürgerbüro Porz (Wahlkreisbüro – Gemeinschaftsbüro mit Jochen Ott, MdL)

Hauptstraße 327
51143 Köln (Porz)
Tel.: 02203 / 521 44
Fax: 02203 / 510 44
martin.doermann@wk.bundestag.de

Mitarbeiterteam von Martin Dörmann

Tim Cremer, Esther Frenzel, Assen
Kochev, Ralf Steinmeier (Webmaster)

Öffnungszeiten

Mo. bis Do.: 10 bis 18 Uhr
Fr.: 10-14 Uhr

Bürgerbüro Kalk (Gemeinschaftsbüro mit Stephan Gatter, MdL)

Kalker Hauptstraße 212
51103 Köln (Kalk)
Tel.: 0221 / 870 43 02

Mitarbeiter von Stephan Gatter

Marco Pagano

Öffnungszeiten

Mo., Mi.: 9 bis 12 Uhr
Do.: 14 bis 17 Uhr
Fr.: 12 bis 15 Uhr

Bürgerbüro der Kölner SPD-Bundestagsabgeordneten

Magnusstraße 18b
50672 Köln (Innenstadt)
Tel.: 0221 / 169 195 77
Fax: 0221 / 169 195 79
koelner-spd-mdb@netcologne.de

Mitarbeiterin

Renate Dinkelbach

Öffnungszeiten

Mo.– Do.: 9 bis 18 Uhr

Sitzungswochen des Deutschen Bundestages 2011

Die 3., 4., 6., 8., 11., 12., 14., 15., 19., 21., 23., 26., 27., 36., 37., 39., 42., 43., 45., 47., 48., und 50. KW sind Sitzungswochen. Eine Übersicht ist abrufbar unter:

www.bundestag.de/parlament/plenargeschehen/sitzungskalender/index.html

IMPRESSUM

BERLIN DEPESCHE

Zeitung für den Bundestagswahlkreis
Köln I (Porz, Kalk, nördliche Innen-
stadt)

HERAUSGEBER

Martin Dörmann, MdB,
Deutscher Bundestag,
Platz der Republik 1,
10111 Berlin

REDAKTION

Martin Dörmann (verantwortlich),
Anja Möbus, Vorwärts/Britt Güll (S.5)

BILDNACHWEIS

Büro Dörmann (S. 1, 2, 4), Karl-Heinz Tillmann
(S. 3), DBT (S.9), Vorwärts/Kai Doering (S.6),
Pixelio (S.9), bpb/creative commons (S.14),
Hoffmann und Campe (S. 12), Propyläen (S.12),
NRWSPD (S.19), NRWSPD (S. 3, 19)

ERSCHEINUNGSWEISE

Die Berlin Depesche erscheint etwa 6
mal im Jahr. Sie wird auf der Home-
page eingestellt sowie per eMail an
einen besonderen Verteiler versendet.

E-MAIL VERTEILER

Wer in den eMail-Verteiler aufge-
nommen werden möchte, sendet eine
Nachricht an:

martin.doermann@bundestag.de

(Mitglieder bitte mit Angabe des Orts-
vereins)

FRÜHERE AUSGABEN

Frühere Ausgaben sowie Themen-
Sonderausgaben sind auf der Home-
page eingestellt.

HOMEPAGE

www.martin-doermann.de

